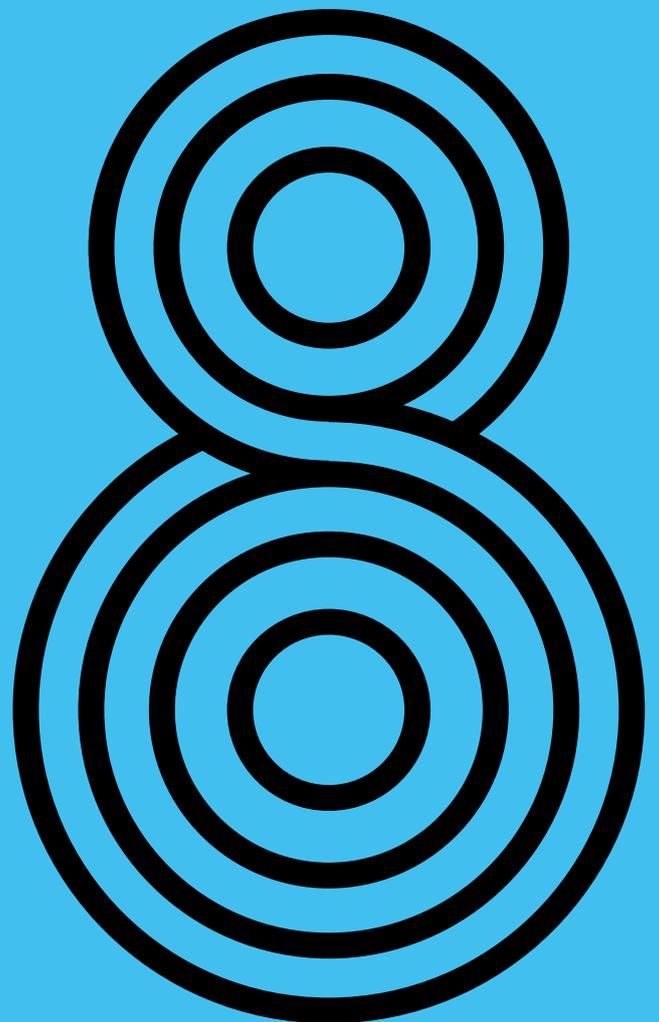


Acht Anforderungen: So kommt das Gemeinwohl in die Digitalpolitik



Wikimedia
Deutschland

Inhalt

Zusammenfassung	4	Ergebnis	8
Prozess	5	Gemeinschadenvermeidung	28
Auswirkungen	5	Externalitäten internalisieren, darunter ökologische Nachhaltigkeit	28
Dynamische Anpassung	5	Grundrechte schützen	29
Gemeinwohlorientierung in digitalpolitischen Vorhaben	6	Stärkung von Verwirklichungsmöglichkeiten	29
Gemeinwohl beim Sovereign Tech Fund:		Befähigung stärken und Ungleichheit verringern	29
Externalitäten weiter im Blick behalten, sehr effektive Beteiligung	6	Zugang und Offenheit	30
Gemeinwohl beim Mobility Data Space:		Dynamisch: gemeinschaftliches Verwalten und Erneuern	31
Grundrechte gesichert, einseitige und späte Beteiligung	6		
Gemeinwohl beim Dateninstitut:		8 Gemeinwohl-Faktoren in der Praxis: So setzt Wikimedia die Anforderungen um	32
Vieles offen, Spannungsfeld zwischen Agilität und planbarer Beteiligung	7	Transparenz bei Wikimedia	32
		Softwareentwicklung für Wikidata und Wikibase	32
Warum überhaupt Gemeinwohl?	8	Die freie Enzyklopädie Wikipedia	32
Ziel dieses Politikpapiers	9	Team Politik und öffentlicher Sektor	33
Einordnung Gemeinwohl	10	Die Wikimedia Movement Strategy 2030	33
Verhältnis zum Markt	11	Das Movement Charta Drafting Committee (MCDC)	33
Verhältnis zu Daseinsvorsorge und Gemeinnützigkeit	12	Community-Portal	34
Einordnung Gemeinwohl für digitalpolitische Vorhaben	13	Wirksame Beteiligung	34
		Technische Wünsche	34
Anforderungen an gemeinwohlorientierte Digitalpolitik	14	Die Wikimedia Movement Strategy 2030	34
Prozess	15	Das Team Communitys & Engagement	34
Transparenz	15	Movement Charta Drafting Committee (MCDC)	35
Transparenz bei Wikimedia	15	Grundrechte schützen und Gemeinschaften vermeiden	35
Beteiligung	16	Team Politik und das Bündnis F5	35
Wirksame Beteiligung bei Wikimedia	16	Die Movement Strategy 2030	35
Ergebnis	17	Linked-Open-Data-Strategie	36
Gemeinschadenvermeidung	17	Ungleichheit verringern	36
Internalisierung von Externalitäten	17	Das Team Communitys & Engagement	36
Grundrechte schützen	18	Förderprogramm marginalisiertes Wissen	36
Grundrechte schützen und Gemeinschaften vermeiden bei Wikimedia	18	Die Movement Charter Ambassadors	36
Befähigung stärken	19	Offenheit	37
Befähigungsansatz	19	Media-Wiki	37
Ungleichheit verringern	20	Wikipedia & Co	37
Ungleichheit verringern bei Wikimedia	20	Das Fellow-Programm Freies Wissen	37
Offenheit	20	Zugang zu digitaler Infrastruktur und Diensten	37
Offenheit bei Wikimedia	21	Community Förderung & Mentor*innenprogramm	37
Zugang zu digitaler Infrastruktur und Diensten	21	Ein Cloudservice für Anfänger und Profis	37
Zugang bei Wikimedia	22	Dynamische Erwägungen umsetzen	38
Dynamische Erwägungen	22	Softwareentwicklung - Wikidata	38
Gemeinschaftliches Verwalten und Erneuern bei Wikimedia	23	Das Förderbarometer	38
		Danksagung	39
Gemeinwohl in aktuellen digitalpolitischen Vorhaben	24		
Prozess	25		
Transparenz	25		
Beteiligung	26		

Zusammenfassung

Seit vielen Jahren setzt sich Wikimedia Deutschland dafür ein, dass politische Akteur*innen Digitalpolitik auch als Gesellschaftspolitik begreifen und die Digitalisierung gemeinwohlorientiert gestalten. Ein Ziel in der Digitalstrategie der aktuellen Bundesregierung lautet nun: Digitalpolitik soll stärker am Gemeinwohl ausgerichtet werden.

Doch was bedeutet das für den politischen Prozess und mit Blick auf das Ergebnis eines digitalpolitischen Vorhabens? Wie wird Gemeinwohl langfristig verankert? Wikimedia Deutschland hat mit Perspektiven aus Verwaltung, Verbänden, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft acht Anforderungen an gemeinwohlorientierte Digitalpolitik entwickelt. **Digitalpolitische Vorhaben müssen sich an konkreten Anforderungen messen lassen.** So lässt sich beurteilen, inwiefern sie zum Gemeinwohl beitragen, und aufzeigen, an welchen Stellen Lücken bestehen.

Das Gemeinwohl kommt über den **Prozess** der Ausgestaltung und über das **Ergebnis** von Vorhaben in die Digitalpolitik. Um sich verändernden Vorstellungen von Gemeinwohl gerecht zu werden, braucht es zudem Mechanismen zur **dynamischen** Anpassung.

Prozess

Damit ein digitalpolitisches Projekt das Gemeinwohl fördert, müssen bereits im Prozess der Ausarbeitung zwei Anforderungen erfüllt sein.

- 1. Transparenz:** Der geplante Prozess und die Ziele eines Vorhabens müssen offengelegt werden. Es muss klar sein, wer für das Vorhaben verantwortlich ist und welche Perspektiven wie eingebunden werden sollen. Diese Transparenz ist eine Voraussetzung für Beteiligung.
- 2. Beteiligung:** Es müssen verschiedene relevante Perspektiven eingebunden werden, um die Ziele eines digitalpolitischen Vorhabens zu definieren und um seine Technikfolgen abzuschätzen. Chancen und Risiken sollten nachvollziehbar und transparent abgewogen werden.

Ergebnis

Wir unterscheiden hier Faktoren in Bezug auf zwei Fragen: Verhindert das digitalpolitische Vorhaben Gemeinwohl? Wird als Ergebnis Befähigung gestärkt?

Gemeinwohl vermeiden

- 3. Keine negativen Externalitäten:** Schädliche Auswirkungen auf die Allgemeinheit sind zu verhindern; das gilt insbesondere in Bezug auf ökologische Nachhaltigkeit. Auch berücksichtigen Anbieter*innen und Anwender*innen digitaler Dienste und Technologien deren negative Auswirkungen selbst oft nicht und müssen durch Regulierung dazu verpflichtet werden.
- 4. Grundrechte:** Grundrechte müssen berücksichtigt und geschützt werden – etwa die Meinungsfreiheit, die Gewährleistung von Datenschutz und die Integrität informationstechnischer Systeme oder das Grundrecht auf soziale Teilhabe. Dort, wo Abwägungen erforderlich sind, müssen diese transparent und unter Einbezug der betroffenen Gruppen erfolgen.

Befähigung stärken

- 5. Weniger Ungleichheit:** Das digitalpolitische Vorhaben soll Ungleichheiten verringern und dazu beitragen, dass alle Menschen umfassende Verwirklichungsmöglichkeiten haben. Dazu braucht es zum Beispiel Internetzugang und Medienkompetenz, aber auch Plattformen, die ihren Nutzenden nicht einseitig Bedingungen aufzwingen.
- 6. Offenheit:** Die Ergebnisse, Produkte oder Erkenntnisse des Vorhabens müssen frei verfügbar sein. Zum Beispiel soll Software frei wiederverwendbar sein und bei Diensten soll die technische Anknüpfungsfähigkeit für andere Dienste gewährleistet werden.
- 7. Zugang:** Das Vorhaben soll den Zugang zu Infrastruktur, digitalen Diensten, Daten oder Ähnlichem erleichtern.

Dynamische Anpassung

Das Verständnis von Gemeinwohl verändert sich ebenso wie die Perspektiven von relevanten Gruppen. Daher sollte es Mechanismen geben, mit denen sichergestellt wird, dass ein digitalpolitisches Projekt langfristig gemeinwohlorientiert bleibt.

- 8. Gemeinschaftliches Verwalten und Erneuern:** Politische Akteur*innen müssen die Auswirkungen und Ergebnisse digitalpolitischer Vorhaben transparent machen. Über fortlaufende Beteiligungsverfahren sollten die Vorhaben gegebenenfalls angepasst werden, um langfristig das Gemeinwohl zu fördern.

In digitalpolitischen Vorhaben lässt eine Gewinnorientierung (der aktiv Beteiligten oder der Vorhaben selbst) nur unter bestimmten Voraussetzungen Spielraum für eine Gemeinwohlorientierung. Deshalb ist es wichtig, dass die Verantwortlichen das Spannungsfeld zwischen Gewinn- und Gemeinwohlorientierung antizipieren und Spielräume für Letztere etablieren, mindestens über die Art der Finanzierung, die Organisationsform und die wettbewerbliche Ausgestaltung.

Gemeinwohlorientierung in digitalpolitischen Vorhaben

Wir haben drei aktuelle Projekte an unseren acht Anforderungen gemessen, um zu untersuchen, welche Anforderungen sie gut umsetzen und an welchen Stellen Lücken bestehen:

- Sovereign Tech Fund
- Mobility Data Space
- Dateninstitut

Gemeinwohl beim Sovereign Tech Fund: Externalitäten weiter im Blick behalten, sehr effektive Beteiligung

Der Sovereign Tech Fund (STF) ist ein Förderprogramm für Open-Source-Infrastruktur mit einem Fördervolumen von 11,5 Mio. Euro im Jahr 2023. Der STF startet im September 2022 mit einer inzwischen abgeschlossenen Pilotphase und ist aktuell bei der Agentur für Sprunginnovation angesiedelt.

Der STF ist darauf bedacht, dass keine negativen Externalitäten zum Tragen kommen beziehungsweise bestehenden Externalitäten im Open-Source-Ökosystem entgegengewirkt wird. Laut STF sind **negative Externalitäten** prinzipiell denkbar: Der STF hat zum Ziel, mit seiner Förderung bestehende Investitionen in das Open-Source-Infrastruktur zu ergänzen. Aus ökonomischer Perspektive ist das für solche Projekte und Aktivitäten sinnvoll, die Unternehmen nicht oder zu wenig finanziell tragen, weil sie nicht ausreichend davon profitieren. Würde der STF in Bereichen aktiv werden, zu denen zurzeit Unternehmen beitragen, könnte das Unternehmen dazu bewegen, ihren Beitrag weiter zu verringern. Der STF sollte dieses Risiko beobachtbar machen, um gegensteuern zu können, falls es sich doch zukünftig materialisiert.

Der STF hat für seine Ausgestaltung verschiedene **Perspektiven umfassend beteiligt**. Das Ziel, die Lücke in der Finanzierung für Open-Source-Infrastruktur-Komponenten zu schließen, ist in einer Machbarkeitsstudie mit der Open-Source-Community entstanden. Dabei ist er transparent hinsichtlich der Tatsache, dass er nur einen Teil des Bedarfs abdeckt und zum Beispiel keine Open-Source-Anwendungen und noch keine Diversität im Open-Source-Ökosystem fördert. Es ist wünschenswert, dass der STF weiterhin mit der Community in Kontakt bleibt, um zu testen, ob und wie seine Maßnahmen verändert werden sollen.

Gemeinwohl beim Mobility Data Space: Grundrechte gesichert, einseitige und späte Beteiligung

Der Mobility Data Space (MDS) wurde 2021 als GmbH ins Leben gerufen, um den Austausch von Mobilitätsdaten zu stärken. Mit 8,5 Mio. Euro fördert das Digitalministerium den MDS. Weitere Gesellschafter, viele davon aus der Automobilindustrie, beteiligen sich an der Gesamtfördersumme von 15,6 Mio. Euro bis 2024.

Die Teilnahme am MDS ist freiwillig und die Datenhaltenden können festlegen, wer zu welchem Zweck Daten weiter nutzen kann. Beim MDS sind bisher keine negativen Auswirkungen auf die **Grundrechte** zu beobachten und er ist laut Satzung „der Datensouveränität, der Datentransparenz und dem Datenschutz verpflichtet“. Es ist wünschenswert, dass insbesondere der Datenschutz weiterhin wichtig bleibt.

Bisher wurden umfangreich **Perspektiven** aus der Automobilwirtschaft **beteiligt**, die einen Großteil der Gesellschaftenden stellen (die drei Bundesländer ausgenommen). Der MDS bemüht sich zurzeit darum, weitere aktive Beteiligte auch über den Automobilbereich hinaus, beispielsweise über partizipative For-

mate, einzubinden. Dies gestaltet sich nach Aussage des Digitalministeriums schwierig. Zudem beschreibt die Satzung die Ziele „Automatisierung und Künstliche Intelligenz“ und „autonomes Fahren“. Diese sind primär mit Gewinnerzielungsinteressen der Automobilwirtschaft kompatibel, was nach Angaben von Beteiligten politisch so beabsichtigt ist. Damit sind die Ziele nur begrenzt anknüpfungsfähig für viele Mobilitätsakteur*innen jenseits der Automobilbranche, da sie nicht andere Formen der Mobilität stärken. Auch wenn der MDS sich als neutrale Plattform versteht, ist fraglich, inwiefern nachträglich weitere Ziele und Perspektiven wirksam Eingang finden können.

Gemeinwohl beim Dateninstitut: Vieles offen, Spannungsfeld zwischen Agilität und planbarer Beteiligung

Das Dateninstitut (DI) wird vom Wirtschafts- und Innenministerium geplant. Es soll 2023 mit der Förderung oder Umsetzung von Datenprojekten beginnen, mit einer Finanzierung von 10 Mio. Euro pro Jahr bis 2025.

Das DI steht zwei großen Herausforderungen gegenüber.

- Transparente und planbare **Beteiligung** kann nur unter hohem Aufwand mit der angestrebten agilen Vorgehensweise bei der Ausgestaltung des DI zusammengebracht werden. Agilität bedeutet, dass die nächsten Schritte auf Basis der neuesten Erkenntnisse definiert werden. Dieses Vorgehen macht die Entwicklung weniger plan- und vorhersehbar. Das wiederum macht es aufwendiger, Transparenz und Beteiligung sicherzustellen, denn diese müssen für jeden Schritt neu ermöglicht werden. Zudem ist Beteiligung wichtig, um das offene Zielbild gemeinwohlorientiert zu konkretisieren.

- Zurzeit arbeiten die Ministerien an dem Vergabeprozess für zwei Anwendungsfälle und für den Organisationsaufbau des DI. Sie streben dabei eine Öffnung an für Akteur*innen, die stärker gemeinwohlorientierte Interessen verfolgen. Diese spielten in Vergabeverfahren bisher selten eine Rolle, denn diese Verfahren sollen primär eine wettbewerbliche Auswahl zwischen gewinnorientierten Dienstleistenden sicherstellen. Eine Herausforderung besteht darin, dass etablierte Vergabekriterien kaum dafür geeignet sind, stärker gemeinwohlorientierte Akteur*innen zu berücksichtigen.

Es ist wünschenswert, dass die verantwortlichen Ministerien klären, inwiefern der zusätzliche Aufwand für wiederholte Beteiligung, der durch Agilität entsteht, gerechtfertigt ist und welche Aspekte des DI mit einer planbaren Beteiligung erarbeitet werden sollen. Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass das Verfahren zur Auswahl von denjenigen, die das DI und seine Anwendungsfälle umsetzen sollen, Gemeinwohlinteressen wesentlich berücksichtigt und Spannungsfelder mit Gewinnorientierung antizipiert.

Warum überhaupt Gemeinwohl?

Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche: das Private, das Soziale, die Arbeit und den Staat. Digitalpolitik ist die demokratische Gestaltung der Digitalisierung und kann eine Vielzahl von Zielen verfolgen. Das Gemeinwohl hat dabei wesentlich an Bedeutung gewonnen - beispielsweise als übergeordnetes Ziel in der deutschen Digitalstrategie¹ und der EU-Datenstrategie².

Aufgrund der zahlreichen Bedeutungsüberschneidungen verwenden wir die Begriffe Gemeinwohl und öffentliches Interesse synonym.³ Eine Unterscheidung von Nuancen ist zwar möglich,⁴ doch für das vorliegende Politikpapier nicht zielführend, da dadurch eher die sehr große Schnittmenge in den Hintergrund tritt.

¹ In der Digitalstrategie steht: „Hinter diesen Zahlen steht das Interesse aller Mitgliedstaaten, das Potenzial der Digitalisierung stärker zu nutzen, um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu verbessern, Gemeinwohl zu fördern und die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Staat zu erhöhen.“ Insgesamt findet das Gemeinwohl acht Mal Erwähnung in der Strategie.

² Die Europäische Kommission veröffentlichte beispielsweise eine Studie zu „Towards a European strategy on business-to-government data sharing for the public interest“.

³ Dies zeigt sich vor allem in der Übersetzung, bei der im Englischen üblicherweise „public interest“ eine Gemeinwohlorientierung bezeichnet, während der Begriff „common good“ eher seltener Verwendung findet.

⁴ Beispielsweise findet das öffentliche Interesse Verwendung in Gesetzestexten und wird daher gelegentlich gerichtlich bestimmt, wodurch unter anderem eine Abwägung mit privatem Interesse erfolgt. Bei Gemeinwohl ist weniger klar, ob das „Einzelwohl“ das entsprechend zu kontrastierende Konzept ist.

Ziel dieses Politikpapiers

Die Stärkung des Gemeinwohls durch digitalpolitische Vorhaben ist nur dann eine sinnvolle Zielsetzung, wenn die Beteiligten ein möglichst ähnliches Verständnis davon haben, was sie unter Gemeinwohl verstehen. Zurzeit wird der Begriff in digitalpolitischen Debatten zwar immer wieder verwendet. Was die Sprechenden meinen oder wünschen, bleibt dabei aber meist unklar. Wikimedia Deutschland leistet mit dem vorliegenden Politikpapier einen Beitrag, um zu konkretisieren, welche Anforderungen Digitalpolitik erfüllen muss, um das Gemeinwohl beziehungsweise das öffentliche Interesse zu fördern.

Diese Anforderungen sollen es Politikschaffenden ermöglichen, zu beurteilen, ob und inwiefern ein digitalpolitisches Vorhaben zum Gemeinwohl beiträgt. Sie sollen den Blick dafür schärfen, wie die Gemeinwohlorientierung gestärkt werden kann. Die Auswahl der Anforderungen an gemeinwohlorientierte Digitalpolitik fußen auf der umfassenden Erfahrung von Wikimedia in der Gestaltung von digitalen Technologien im öffentlichen Interesse. Zudem haben wir Sachverständige aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung eingebunden, um die Anforderungen zu erarbeiten und zu schärfen sowie um die digitalpolitischen Vorhaben zu untersuchen.

Die Struktur ist wie folgt:

- Zunächst ordnen wir den Begriff des Gemeinwohls ein und setzen ihn in Beziehung zu anderen Begriffen wie Markt und Daseinsvorsorge.
- Danach erklären wir die acht Anforderungen, die sich an die Digitalpolitik richten, um Gemeinwohl möglichst umfassend zu verankern. Wie diese umgesetzt werden können, verdeutlichen wir anhand von ausgewählten Wikimedia-Projekten.
- Anschließend wenden wir die Anforderungen auf drei digitalpolitische Vorhaben an, nämlich den Sovereign Tech Fund, den Mobility Data Space und das Dateninstitut. Damit zeigen wir auf, wie diese bereits das Gemeinwohl fördern und an welchen Stellen eine stärkere Ausrichtung am öffentlichen Interesse wünschenswert ist.
- Abschließend folgt ein Katalog mit weiteren Beispielen dazu, wie Wikimedia die Anforderungen umsetzt.

Einordnung Gemeinwohl

Ein zentrales Merkmal des Gemeinwohlbegriffs ist, dass es kein überzeitliches Verständnis davon gibt, was Gemeinwohl ist. Diese Frage wird innerhalb eines Gemeinwesens immer wieder neu ausgehandelt. Anstelle einer abgeschlossenen und umfassenden Begriffsdefinition nähern wir uns daher dem Gemeinwohl im Folgenden über die Abgrenzung von Konzepten, die üblicherweise in einem Zusammenhang mit Gemeinwohl stehen: Markt, Daseinsvorsorge, Gemeinnützigkeit.

Es gibt einen breiten wissenschaftlichen Konsens darüber, dass für die demokratische Aushandlung von Gemeinwohlvorstellungen nicht die privaten Interessen, sondern diejenigen von Gruppen eine wichtige Rolle spielen. Es hängt von der Fragestellung beziehungsweise dem Anwendungsbereich ab, welche Gruppen im konkreten Fall zu berücksichtigen sind. Wir folgen Züger et al., die Gemeinwohl so verstehen: Als "Resultate, die auf lange Sicht am besten dem Überleben und Wohlergehen eines sozialen Kollektivs beziehungsweise einer Öffentlichkeit dienen. Nach diesem Verständnis muss für jedes Anliegen in der betroffenen Öffentlichkeit deliberativ ausgehandelt werden, was dem Gemeinwohl dient."⁵

Aus analytischer Sicht ist es herausfordernd, zu bestimmen, wie Gemeinwohlorientierung zu messen ist. Hat Handeln im Gemeinwohl ausschließlich das Gemeinwohl zum Zweck? Geht es darum, dass Gemeinwohl einen ausreichend hohen Stellenwert einnimmt, oder reicht es aus, wenn unter dem Strich ein positiver Nettogemeinwohlbeitrag entsteht? Für diese Fragen haben wir keine abschließende Antwort. Im Weiteren folgen wir der Idee, dass

Gemeinwohl nicht binär vorhanden oder abwesend ist, sondern dass es sinnvoll ist, zwischen unterschiedlichen Graden der Gemeinwohlorientierung zu unterscheiden.⁶

⁵ Theresa Züger, Anna Katzy-Reinshagen, Judith Fassbender, Freia Kuper, Irina Kühnlein, (2022) CIVIC CODING: Empirische Erkenntnisse und Empfehlungen zur Unterstützung gemeinwohlorientierter KI, HILG Policy Paper. Züger et al. verweisen darin auf Bozeman und Dewey als für ihr Verständnis prägende Vorarbeiten.

⁶ Technisch gesprochen gehen wir von einer ordinalen Messbarkeit aus, also der Möglichkeit, zwischen "mehr" und "weniger" Gemeinwohl zu unterscheiden, ohne dass zwangsläufig Aussagen zu "doppelt so viel Gemeinwohl" möglich wären.

Verhältnis zum Markt

Oft werden Gemeinwohlorientierung und Marktlogik als Gegensatzpaare beschrieben.⁷ Das bestimmt das Verhältnis der beiden Ziele nicht umfassend, da es eine Bandbreite von auf Märkten erzielten Ergebnissen gibt: Während manche Akteur*innen am Markt Klimaschäden und schlechte Arbeitsbedingungen hervorbringen, stellen andere umweltverträgliche Produkte zu fairen Bedingungen bereit. Diese Ergebnisse folgen aus Angebot, Nachfrage und politischer Rahmensetzung, unter anderem durch Regulierung. Im Folgenden beschreiben wir, welche Faktoren beeinflussen, inwiefern eine Marktlogik das Entstehen von Gemeinwohl zulässt oder verhindert.

Wir betrachten drei Faktoren, die eine Berücksichtigung von Gemeinwohl verhindern können: die Ausschließlichkeit von Gewinnzielen, die Eigentumsstruktur und die Rolle von Wettbewerb. Nur wenn diese eine Gemeinwohlorientierung prinzipiell zulassen, können Menschen mit dem entsprechenden Willen und Einfluss Gemeinwohlziele verfolgen.

Gewinnorientierung: Ein ausschließliches Gewinnstreben ist in der Praxis nicht mit Gemeinwohlorientierung vereinbar. Es ist zwar hypothetisch denkbar, dass durch Besteuerung alle nicht für die unternehmerischen Anreize notwendigen Gewinne wieder dem Gemeinwesen zugeführt würden (das dieses dann gemeinwohlorientiert verwenden könnte). Doch zurzeit hat die Unternehmensbesteuerung nicht den Anspruch, einem solchen Prinzip zu folgen, also in einem derartigen Umfang Steuern zu erheben, und auch die Steuerpraxis folgt sicher nicht diesem Prinzip der Steueroptimierung. Auch ist es hypothetisch denkbar, dass es ein kommerzielles Produkt geben könnte, das wesentlich zum Gemeinwohl beiträgt. Doch spätestens bei der Vermarktung würde sich die Frage stellen, zu welchem Preis und welchen Bedingungen es angeboten werden soll: Je höher der Preis oder je schlechter die Bedingungen (für die Kundschaft), umso profitabler, doch auch

⁷ So zum Beispiel der Civic Coding Forschungsbericht.

⁸ Hierbei können sie dem Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie folgen, wie der Outdoorbekleidungsproduzent Vaude.

umso weniger gesellschaftlicher Nutzen wird aus dem Produkt geschöpft. Das heißt, in der Praxis steht Gemeinwohl prinzipiell in einem Spannungsfeld mit Gewinnorientierung. Denn eine Berücksichtigung von beispielsweise ökologischen Auswirkungen oder ein Ausgleich von Ungleichheit geht oft zulasten der Gewinnerzielung. Allerdings ist es möglich, dass Organisationen mehrere Ziele verfolgen und bereit sind, Gewinn nicht zu optimieren, um auch weitere Ziele durchzusetzen. Eine Absicht dazu bekunden Unternehmen beispielsweise dadurch, dass sie eine Gemeinwohlabilanz erstellen.⁸ Damit sie dies effektiv tun können, müssen auch bestimmte Spielräume in Eigentumsstruktur und Wettbewerbsumfeld gegeben sein.

Eigentumsstruktur: Ob ein Spielraum für eine effektive Abwägung zwischen Gewinnoptimierung und Gemeinwohlorientierung besteht, hängt auch von der Eigentumsstruktur ab. Wenn finanzielle Zielgrößen das unternehmerische Handeln bestimmen und damit einschränken, bleibt kein Raum für Gemeinwohl. Das gilt gleichermaßen für große Tech-Konzerne und für Start-ups, wenn diese dem Druck von Venture-Capital-Investoren ausgesetzt sind, die auf eine möglichst steile Skalierung hinwirken. Spielräume können durch die Wahl einer anderen Organisationsform entstehen, beispielsweise einer gemeinnützigen GmbH, eines Unternehmens in Privatbesitz wie Familienunternehmen, einer Genossenschaft oder, wie im Fall der ökologisch ausgerichteten Suchmaschine Ecosia, eines "Purpose-Unternehmens". Dieses kann keine Gewinne ausschütten und darf nicht verkauft werden, sondern muss einem fest definierten Zweck dienen.

Wettbewerb: Wettbewerb nimmt eine ambivalente Rolle ein. Einerseits ist es prinzipiell problematisch, wenn ein Unternehmen keinem oder nur wenig Wettbewerb ausgesetzt ist. Denn dann besitzt es Marktmacht und kann diese missbrauchen, indem es zum Beispiel höhere Preise, schlechtere Qualität oder andere nachteilige Bedingungen für seine Nachfragenden durchsetzt. Aus diesem Grund wird allgemein von einer disziplinieren-

den Wirkung von Wettbewerb ausgegangen. Andererseits kann Wettbewerb es auch erschweren, Ziele neben Gewinnoptimierung zu verfolgen. Dies gilt insbesondere, wenn eine auch gemeinwohlorientierte Organisation mit einer rein gewinnorientierten Organisation konkurriert: In einem Kampf um Marktanteile ist es leicht möglich, dass das Gemeinwohl auf der Strecke bleibt, da sonst die Organisation in ihrem Fortbestand gefährdet sein kann. Ein Beispiel sind Datensammelpraktiken von Apps: Die Monetarisierung über den Verkauf personenbezogener Daten ist üblich, und über Einmalbezahl- oder Abo-Apps auszuweichen, funktioniert nur äußerst selten. Das erhöht den Druck auf neue Apps, ebenfalls auf umfangreiche Datenmonetarisierung zu setzen.

Diese Faktoren sind nur notwendige und keine hinreichenden Bedingungen dafür, dass Gemeinwohl am Markt entsteht. Denn darüber hinaus braucht es **Menschen**, die die Macht und den Willen haben, diese Spielräume zu nutzen, um eine Gemeinwohlorientierung auf Kosten von Gewinn durchzusetzen. Diese Macht liegt am ehesten bei denjenigen, die ein Unternehmen steuern: Beispielsweise gründete Teun van de Keuken den Schokoladenhersteller Tony's Chocolonely, um eine Alternative zu mit Sklavenarbeit produziertem Kakao auf den Markt zu bringen. Beispielsweise Besitze von Familienunternehmen und Genossenschaftsmitglieder können über solche Spielräume verfügen. Eine organisationsinterne Demokratie kann dabei helfen, weitere Ziele und Perspektiven neben Gewinnorientierung zu stärken. Andere Gruppen mit Macht können Geldgebende oder die Kundschaft sein. Letztere können über ihr Kaufverhalten in manchen Fällen Organisationen dazu bewegen, bestimmte Ziele in ihrem Handeln zu priorisieren, und so das Spannungsfeld von Gewinn und Gemeinwohl abschwächen. Corporate Social Responsibility und Corporate Digital Responsibility sind zurzeit populäre Stichworte, bei denen allerdings immer auch die Frage im Raum steht, inwiefern Organisationen die darin genannten Grundsätze nur punktuell außenwirksam oder wirklich grundsätzlich umsetzen.

Ähnliche Anforderungen stellt beispielsweise die Europäische Kommission an sogenannte Sozialunternehmen.⁹ Dass diese Kriterien allerdings sehr flexibel ausgelegt werden, wenn niemand sie konkreter operationalisiert, zeigt sich daran, dass für eine für Sozialunternehmen vorbehaltene Förderung des Wirtschaftsministeriums nach Angaben des Projektträgers bisher kein Antrag auf Grundlage der Kriterien abgelehnt wurde.¹⁰ Dies deutet darauf hin, dass es wünschenswert ist, ein gehaltvolles Verständnis von Gemeinwohl zu entwickeln, das es ermöglicht, zwischen Gemeinwohl und anderen Zielen zu unterscheiden.

Verhältnis zu Daseinsvorsorge und Gemeinnützigkeit

Gemeinwohl und Daseinsvorsorge sind miteinander verknüpft. Beide sind Ergebnis demokratischer Aushandlung.¹¹ Das Gemeinwohl schließt die Daseinsvorsorge ein, erschöpft sich aber nicht in ihr. Grob umrissen orientiert sich die Daseinsvorsorge an einem Existenzminimum, das für alle zur Verfügung stehen soll.¹² Der genaue Umfang der Daseinsvorsorge bedarf teilweise rechtlicher Klärung, doch in jedem Falle passt er sich an die "realen Veränderungen der Lebenswirklichkeit" an, wozu technologische Entwicklungen gehören.¹³ Der Staat hat also dafür zu sorgen, dass allen Menschen eine Mindestversorgung zur Verfügung steht. Das Gemeinwohl geht darüber hinaus, indem es auch über Mindestbedingungen für materielles Überleben und gesellschaftliche Teilhabe hinaus Ziele verfolgt, die gesellschaftlich ausgehandelt werden.

Gemeinwohl und Gemeinnützigkeit haben Schnittmengen und stehen darüber hinaus in einem ungeklärten Verhältnis. Die Gemeinnützigkeit ist mit Blick auf steuerrechtliche Privilegien für Vereine, Verbände oder Stiftungen bestimmt. Ein wesentliches Merkmal besteht darin, dass eine Organisation "die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos"¹⁴ fördert. Das

⁹ Verwendung des Begriffs "Sozialunternehmen" durch die Europäische Kommission: „– für die das soziale oder gesellschaftliche gemeinnützige Ziel Sinn und Zweck ihrer Geschäftstätigkeit darstellt, was sich oft in einem hohen Maße an sozialer Innovation äußert, – deren Gewinne größtenteils wieder investiert werden, um dieses soziale Ziel zu erreichen und – deren Organisationsstruktur oder Eigentumsverhältnisse dieses Ziel widerspiegeln, da sie auf Prinzipien der Mitbestimmung oder Mitarbeitendenbeteiligung basieren oder auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sind.“

¹⁰ Die Förderrichtlinie React with Impact unterstützt nach Angaben des Projektträgers EFG Europäisches Fördermanagement GmbH Sozialunternehmen, die nach Eigenerklärung die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen fördern, die ebenfalls sehr breit sind.

¹¹ Für einen ausführlichen Überblick über die Bestimmung des Verhältnisses siehe Milstein, Alexander (2018): „Daseinsvorsorge“ in: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.).

¹² Mause, Karsten (2018): „Daseinsvorsorge“, in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch Staat, Springer VS, S. 415-421.

¹³ Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag (2012), "Internet als Teil der staatlichen Daseinsvorsorge", S. 11.

¹⁴ Abgabenordnung §52 (1).

Gesetz nennt 26 Förderziele, darunter Religion und Sport (einschließlich Schach). Der Fokus auf Steuerrecht offenbart, dass es sich dabei primär um nicht staatliche Akteur*innen handelt, die gemeinnützig handeln. Die Forderung nach Gemeinwohl hingegen bezieht sich zwar auf eine breite Allgemeinheit, doch dabei auch auf öffentliche Akteur*innen. Politische Akteur*innen sind sogar zentrale Adressat*innen von Gemeinwohlforderungen, denn eine demokratische Aushandlung ist vor allem im politischen Prozess ein akzeptiertes Vorgehen.

Gemeinwohl für digitalpolitische Vorhaben

Gemeinwohl beziehungsweise das öffentliche Interesse folgt einer anderen Logik als der Markt, und zwar der einer demokratischen Aushandlung über Ziele, die mit gemeinschaftlichem Handeln verfolgt werden sollen. Auch für digitalpolitische Vorhaben gilt, dass nur unter bestimmten Voraussetzungen die Marktlogik mit Gemeinwohlorientierung vereinbar ist. Die Vorhaben selbst müssen also so gestaltet sein, dass sie glaubwürdig das Spannungsfeld zwischen Gemeinwohl- und Gewinnorientierung zugunsten von Ersterer auflösen. Dementsprechend müssen die Vorhaben eine passende Organisationsform wählen und Maßnahmen treffen, um die Förderung von Gemeinwohl bei Bedarf auch angesichts von gewinnorientiertem Wettbewerb durchzusetzen.

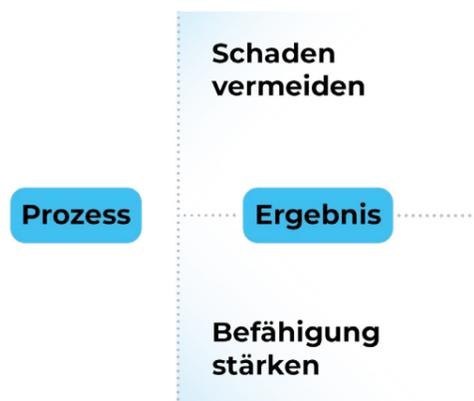
Das Gemeinwohl geht über die Daseinsvorsorge hinaus, doch digitalpolitische Vorhaben können auch das Gemeinwohl fördern, indem sie die digitale Daseinsvorsorge erweitern. Gemeinwohlorientierung ist nicht deckungsgleich mit Gemeinnützigkeit, sondern richtet sich explizit nicht primär an private, sondern auch an politische Akteur*innen. Es ist daher nicht zielführend, digitalpolitische Vorhaben an Kriterien der Gemeinnützigkeit zu messen. Doch eine Einbindung von gemeinnützigen Akteur*innen kann dabei helfen, eine Gemeinwohlorientierung in Vorhaben zu verankern.

Anforderungen an gemeinwohlorientierte Digitalpolitik

Wie können wir beurteilen, inwiefern ein digitalpolitisches Vorhaben gemeinwohlorientiert ist beziehungsweise das öffentliche Interesse fördert? Wir unterscheiden Kriterien in drei verschiedenen Bereichen (Abbildung 1.1):

- Wie ist der **Prozess** gestaltet, in dem das digitalpolitische Vorhaben entwickelt wird?
- Welche **Ergebnisse** erzielt das digitalpolitische Vorhaben mit Blick auf **Gemeinschadenvermeidung**?
- Welche **Ergebnisse** erzielt das digitalpolitische Vorhaben im Sinne einer **kollektiven Befähigung** beziehungsweise Förderung von Verwirklichungsmöglichkeiten?

Abbildung 1.1
Bereiche der Gemeinwohlanforderungen



Im Weiteren erläutern wir zunächst im Detail diese Bereiche und die acht ihnen zugeordneten Anforderungen. Dann wenden wir diese exemplarisch auf drei digitalpolitische Vorhaben an: auf das Dateninstitut, den Mobility Data Space und den Sovereign Tech Fund.

Wir konzentrieren uns auf Vorhaben, die überwiegend in politischer Verantwortlichkeit liegen, also von Ministerien oder Parlamenten auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene angestoßen und/oder durchgeführt werden. Dazu gehören insbesondere Regulierung und Förderprogramme. Es gibt auch andere Akteur*innen beispielsweise in der Zivilgesellschaft, die teilweise ähnliche Projekte durchführen können und bei denen vermutlich ähnliche Anforderungen zum Tragen kommen. Allerdings haben wir das nicht in der Tiefe untersucht und können daher unsere Schlussfolgerungen nicht übertragen.

Zu jeder Anforderung nennen wir auch Beispiele aus dem Wikimedia-Projektumfeld und wie diese Anforderung dort umgesetzt wird. Eine umfangreichere Liste an Mechanismen, über die Wikimedia-Projekte eine Gemeinwohlorientierung verankern, ist im Beispielkatalog unten zu finden.

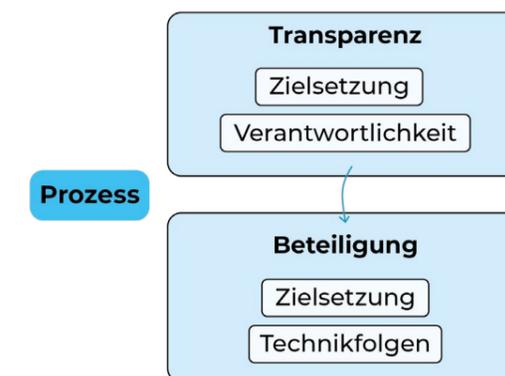
Sowohl der Prozess als auch das Ergebnis geben digitalpolitischen Vorhaben Legitimität in Bezug auf ihre Gemeinwohlorientierung.¹⁵

¹⁵ Damit folgen wir dem Politikwissenschaftler Fritz Scharpf und der in der Ethik geführten Debatte um Prozess- und Ergebnisorientierung bei der Beurteilung von Handeln.

Prozess

Der Prozess zur Definition und Ausgestaltung eines digitalpolitischen Vorhabens hat einen starken Einfluss auf dessen Gemeinwohlorientierung. Im Zentrum des Prozesses steht die Frage, wie wirksame Beteiligung für Gruppen mit unterschiedlichen Perspektiven möglich ist.¹⁶ Das gilt insbesondere für Gruppen mit gemeinwohlorientierter Perspektive wie die Zivilgesellschaft, die gesellschaftliche Interessen erfassen. Wie in Abbildung 1.2 im Überblick dargestellt, ist Transparenz eine Voraussetzung für wirksame Beteiligung. Beteiligung sollte mindestens für die Zielsetzung digitalpolitischer Vorhaben und die Abschätzung von Technikfolgen erfolgen, kann aber deutlich darüber hinaus gehen und auch die Umsetzung einschließen.

Abbildung 1.2
Gemeinwohlanforderungen in Bezug auf den Prozess



Transparenz

Damit gesellschaftliche Akteur*innen sich wirksam beteiligen können, muss Transparenz über eine Reihe von Aspekten bestehen. Neben dem Zeitplan und den Beteiligungsmöglichkeiten sind dies mindestens:

- **Zu adressierende (gesellschaftliche) Fragestellung:** Welche Fragestellung beziehungsweise welche Probleme soll ein digitalpolitisches Vorhaben adressieren?

Diese Frage ist der Entwicklung eines Vorhabens vorgeschaltet, damit verschiedene Lösungswege bedacht werden können, aus denen einer oder mehrere für die Umsetzung ausgewählt werden. Es sollte transparent sein, inwiefern und durch wen bereits Zielvorstellungen gesetzt wurden, bevor ein Beteiligungsprozess startet.

- **Verantwortlichkeit:** Wer ist verantwortlich für die Durchführung des Vorhabens? Die Antwort auf diese Frage legt fest, wer für den Erfolg, das Lösen unerwarteter Fragen oder auch ein Scheitern Verantwortung übernimmt und Rechenschaft über den Prozess und die Ergebnisse ablegt. Üblicherweise können nicht alle Risiken von vornherein ausgeschlossen werden. Doch eine klare Aufteilung der Verantwortung führt dazu, dass jemand dafür zuständig ist, Risiken zu antizipieren und zu begrenzen sowie gleichzeitig die für ein Gelingen notwendigen Schritte voranzutreiben.

Transparenz bei Wikimedia

Softwareentwicklung für Wikidata

Mit der öffentlichen Wikidata Development Roadmap kommunizieren die Entwickelnden von Wikidata jährlich die geplanten Softwareprojekte und stellen diese zur Diskussion. Regelmäßige Updates zu Wikidata gibt es in der Office Hour in der Wikidata Telegram Group. Auch über den Newsletter informieren die Entwickelnden zum Stand der Dinge ab. Mit der Plattform Phabricator können Freiwillige Wünsche oder Fehler an die Softwareentwicklung melden und den Fortschritt und Status offen einsehen.

Die freie Enzyklopädie Wikipedia

Die Wikipedia zeigt, wie Transparenz funktioniert: Jede Änderung in einem Artikel ist über die Versionsgeschichte nachvollziehbar. Das gleiche gilt für die Diskussion über strittige Inhalte eines Artikels, die Relevanzkriterien und die Kriterien für enzyklopädisches Schreiben oder Literatur- und Quellenverwendung.

Beteiligung

Eine wirksame Beteiligung findet dann statt, wenn der politische Prozess zur Ausgestaltung eines Vorhabens tatsächlich die **Perspektiven verschiedener Gruppen** mindestens aufnimmt und idealerweise auch Formen der Kooperation oder Mitentscheidung ermöglicht. Dabei sind drei Aspekte zu beachten:

- Erstens sollten die Verantwortlichen auf politischer Seite offenlegen, welche Form(en) von Beteiligung sie umzusetzen planen und wie sie Wirksamkeit sicherstellen wollen. Dies ist entscheidend dafür, ob Beteiligungsvorhaben Akzeptanz erfahren. Hierin liegt der Unterschied zu unwirksamer Beteiligung, bei der Politikschaffende zwar Beteiligungsformate wie schriftliche Konsultationen, Stakeholder-Workshops oder Anhörungen durchführen, deren Ergebnisse aber ignorieren.
- Zweitens sollten nicht nur Akteur*innen eingeladen werden, die bereits gut in die Politik vernetzt sind, sondern auch andere systematisch über die Möglichkeit zur Beteiligung informiert werden.¹⁷
- Drittens sollte eine Form der Rückmeldung über die Ergebnisse der Beteiligung erfolgen, die beinhaltet, wie sie das Vorhaben beeinflusst hat (sofern dies nicht über eine weitere strukturelle Einbindung in den Prozess ersichtlich ist).

Eine wirksame Beteiligung sollte mindestens in Bezug auf folgende Aspekte erfolgen:

- **Zu adressierende (gesellschaftliche) Fragestellung:** Was ergibt sich aus der Beteiligung für die Fragestellung für das digitalpolitische Vorhaben? Auch die Auswahl des geeigneten Lösungswegs sollte unter Einbeziehung verschiedener (auch nicht rein digitalpolitischer) Perspektiven erfolgen.

- **Technikfolgen:** Welche Chancen und Risiken liegen in dem digitalpolitischen Vorhaben? Welche sind Kern des Vorhabens beziehungsweise sollten es sein? Welche erwünschten oder unerwünschten Nebenwirkungen gibt es? Meistens sehen nicht alle möglichen betroffenen Gruppen nur Chancen, sondern auch Risiken - und diese sollten Berücksichtigung finden. Eine Abwägung von Chancen und Risiken für alle betroffenen Gruppen sollte auf eine transparente und nachvollziehbare Art und Weise erfolgen: Hierzu müssen Interessenkonflikte offen angesprochen und diskutiert werden sowie die Kriterien zur Abwägung idealerweise diskutiert und mindestens offengelegt werden.

Wirksame Beteiligung bei Wikimedia

Technische Wünsche

Das Projekt Technische Wünsche verbindet die Softwareentwicklung mit der Community, um bessere technische Funktionen zu schaffen. Die Beteiligung beginnt mit einer Umfrage, über die Themenschwerpunkte für zwei Jahre ermittelt werden. Konkrete Probleme, an denen die Softwareentwicklung arbeiten wird, werden anschließend durch Interviews oder Workshops mit den Freiwilligen identifiziert.

Die Wikimedia Movement Strategy 2030

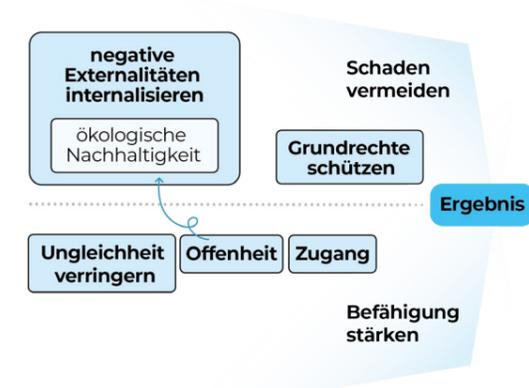
Mit der Movement Strategy hat sich die globale Wikimedia-Bewegung zehn Ziele für ihre Entwicklung bis 2030 gegeben. Um die internationale Community adäquat einzubinden, sollten die Beteiligungsmöglichkeiten den unterschiedlichen Kommunikationsgewohnheiten, zeitlichen Ressourcen und Interessen gerecht werden. Das Movement Strategy Forum bietet weiterhin eine digitale Plattform für ständigen Austausch. Im Playbook haben Freiwillige und Hauptamtliche dokumentiert, welche Lehren für Beteiligung sie bisher gezogen haben.

¹⁷ Die EU-Kommission verwendet hierzu das "Have Your Say"-Portal; auch der Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2021 sieht ein „digitales Gesetzgebungstool“ vor und will „öffentliche Kommentierungsmöglichkeiten erproben.“ (S. 10)

Ergebnis

Digitalpolitische Vorhaben können Gemeinwohl fördern, indem sie Gemeinwohlziele verfolgen, die wir unter dem Oberbegriff der Befähigung zusammenfassen. Abbildung 1.3 gibt einen Überblick über die für gemeinwohlorientierte Digitalpolitik relevanten Anforderungen, die wir im Weiteren näher beschreiben.

Abbildung 1.3
Gemeinwohlanforderungen in Bezug auf das Ergebnis



Digitalpolitische Vorhaben wie Regulierung oder Förderprogramme können Gemeinwohl verhindern, also zum Beispiel die Verbreitung von illegalen Inhalten eindämmen, oder das Erreichen gesellschaftlich nützlicher Ziele wie einen produktiven politischen Diskurs im Digitalen unterstützen. Sie können auch darauf abzielen, Märkte zu gestalten und gesellschaftlich erwünschte Praktiken zu stärken. Beispielsweise versucht der Data Governance Act auf EU-Ebene, eine bestimmte Form von Datenintermediären im Markt zu etablieren beziehungsweise zu stärken.

Zwischen den verschiedenen Anforderungen können Abwägungen erforderlich sein, zum Beispiel, wenn ein breiterer Zugang zu digitalen Technologien den Ressourcenverbrauch erhöht und damit negative Externalitäten verursacht. Nach welchen allgemeinen Prinzipien solche Abwägungen erfolgen sollen,

haben wir nicht umfassend untersucht. Klar ist zumindest, dass Zielkonflikte transparent gemacht und diskutiert werden sollten, um eine gemeinwohlorientierte Abwägung sicherzustellen.

Gemeinwohlvermeidung

Zwei Anforderungen müssen erfüllt sein, um Gemeinwohl zu vermeiden: Externalitäten müssen internalisiert werden und Grundrechte müssen geschützt bleiben.

Internalisierung von Externalitäten

Digitale Technologien oder Dienste können Externalitäten mit sich bringen. Diejenigen, die die Technologien oder Dienste bereitstellen, berücksichtigen diese meist nicht, weil sie Dritte beziehungsweise die Allgemeinheit beeinträchtigen.

Die aktuell prominenteste negative Externalität sind Auswirkungen auf die Ökologie, üblicherweise diskutiert unter dem Begriff **ökologische Nachhaltigkeit**. Es ist gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Konsens, dass grundlegende Veränderungen nötig sind, um die negativen Auswirkungen der Überstrapazierung von natürlichen Lebensgrundlagen zu begrenzen beziehungsweise menschliches Handeln in Einklang mit diesen Lebensgrundlagen zu bringen.¹⁸ Dementsprechend ist für eine Gemeinwohlorientierung von digitalpolitischen Vorhaben wichtig, dass sie negative Auswirkungen auf ökologische Nachhaltigkeit verhindern beziehungsweise vermeiden. Zum Beispiel sollten sie Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und eine ökologisch nachhaltige Lebensweise allgemein fördern, anstatt zusätzlichen Ressourcen- und Energieverbrauch durch Digitaltechnik in Kauf zu nehmen. Beispielsweise sollten Entwickelnde den Emissionsverbrauch von KI-Modellen berücksichtigen, da dieser ein naheliegender Hebel für umweltfreundlichere Digitalisierung zu sein scheint.¹⁹

¹⁸ Siehe zum Beispiel der Summary Report des IPCC (2023).

¹⁹ Dhar, Payal (2020): „The carbon impact of artificial intelligence“, Nature Machine Intelligence, 2, August, S. 423–425

Das Vorliegen von negativen Externalitäten ist eine Ursache von Marktversagen und begründet einen staatlichen Eingriff. Auch im Digitalen gibt es negative Externalitäten, zum Beispiel,

- wenn ein öffentlicher Diskurs durch Algorithmen befeuert und in sozialen Netzwerken polarisiert und damit weniger produktiv wird und sich negativ auf seine Teilnehmenden auswirkt;
- wenn diejenigen, die Daten über sich teilen, damit auch viel über andere preisgeben, die ihnen ähnlich sind und die ihre Privatheit dann schlechter schützen können;²⁰
- wenn die Wertschöpfung von digitalen Diensten darauf basiert, dass Menschen in Ländern ohne Arbeitsschutz unter prekären Umständen gemeldete Inhalte filtern oder Inhalte als Trainingsdaten annotieren;²¹
- wenn zum Schutz vulnerabler Gruppen massenhaft und anlasslos private Kommunikation überwacht wird. Die Externalitäten sind Missachtung des Grundrechts auf Privatsphäre und sogenannte Chilling-Effekte, die freie und legale Meinungsäußerung beschränken.²²

Digitalpolitische Vorhaben im öffentlichen Interesse sollten darauf abzielen, solche Externalitäten zu vermeiden.

Grundrechte schützen

Digitale Technologien oder Dienste berühren oft Grundrechte²³ der Bevölkerung, etwa die Meinungsfreiheit, die Gewährleistung von Datenschutz und Integrität informationstechnischer Systeme oder das Grundrecht auf soziale Teilhabe. Gemeinwohlorientierte digitalpolitische Vorhaben sollten sicherstellen, dass Grundrechte im Digitalen umfassend berücksichtigt und geschützt werden. Dort, wo Abwägungen erforderlich sind, müssen diese transparent und unter Einbezug der relevan-

ten Gruppen erfolgen. Da häufig die Grundrechte schlecht repräsentierter Gruppen am ehesten beeinträchtigt sind, ist eine aktive Ansprache und Einbeziehung durch die politisch Verantwortlichen nötig.

Gemeinschadenvermeidung und Grundrechte schützen bei Wikimedia

Die Linked Open Data-Strategie

Die Datenobjekte in Wikidata sind strukturiert und maschinenlesbar und können weltweit und frei genutzt und verknüpft werden. Sie sind also Linked Open Data. Wikidata ist unter anderem die Grundlage für Sprachassistenten. Die Linked Open Data Strategie zielt darauf ab, dieses offene System dauerhaft zu erhalten und die Nutzung der Datenbank somit vielen Einzelpersonen, Vereinen, Institutionen aber auch Unternehmen zu ermöglichen.

Team Politik und das Bündnis F5

Das Team Politik und öffentlicher Sektor setzt sich – auch im Bündnis F5 – für eine Stärkung der Grundrechtsperspektive im digitalen Diskurs ein. Sei es in Parlamentarischen Frühstückchen mit Abgeordneten, durch die Gesprächsreihe Monsters of Law, die juristische Fragen allgemein verständlich diskutiert, oder über Politikbriefe, die die Perspektive der Zivilgesellschaft auf digitalpolitische Fragen vermitteln.

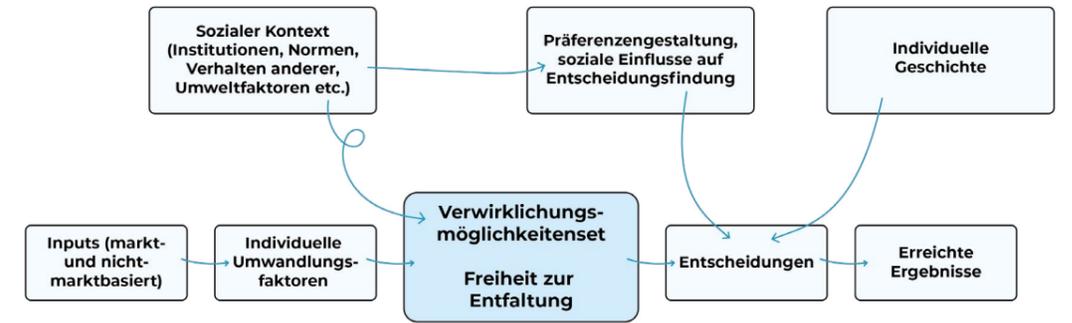
²⁰ Acemoglu, Daron, Ali Makhdoomi, Azarakhsh Malekian, and Asu Ozdaglar (2022): „Too Much Data: Prices and Inefficiencies in Data Markets.“ American Economic Journal: Microeconomics, 14 (4): S. 218-56.

²¹ Dies wurde beispielsweise beim ersten Content Moderators Summit im März 2023 thematisiert.

²² Marthews, Alex and Tucker, Catherine E. (2017): „Government Surveillance and Internet Search Behavior“.

²³ Eine Übersicht zu Grundrechten. Gemeinschadenvermeidung und Grundrechte schützen bei Wikimedia

Abbildung 1.4
Überblick Befähigungsansatz



Quelle: Darstellung von Aline Blankertz basierend auf Marco J. Haenssger, Prochista Ariana (2018): „The place of technology in the Capability Approach“, Oxford Development Studies, 46:1, S. 98-112 und Ingrid Robeyns (2005): „The Capability Approach: a theoretical survey“, Journal of Human Development, 6:1, S. 93-117.

Befähigung stärken

Das besondere Potenzial von gemeinwohlorientierter Digitalpolitik liegt darin, dass sie nicht nur Gemeinschaden vermeiden, sondern Ziele mit gesellschaftlichem Nutzen verfolgen kann. Da gesellschaftlicher Nutzen immer wieder demokratisch zu verhandeln ist, erscheint es uns den aktuellen gesellschaftlichen Umständen angemessen, dem Befähigungsansatz (Capabilities Approach) von Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen zu folgen. Denn dieser ist gut vereinbar mit dem Zielbild einer liberalen Demokratie, in der Individuen umfassende Freiheiten in Bezug auf ihre Lebensgestaltung haben sollen. Der Befähigungsansatz rückt in den Fokus, dass dafür gesellschaftlich geteilte Grundlagen nötig sind, um allen ähnliche Entfaltungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Das passt zu dem oben artikulierten Gemeinwohlerverständnis, in dem der Fokus auf gemeinsam ausgehandelten Zielen liegt, wenn man davon ausgeht, dass diese Ziele individuelle Entfaltungsmöglichkeiten umfassen und am effektivsten kollektiv bereitzustellen sind.

Befähigungsansatz

Dem Befähigungsansatz zufolge ist nicht nur wirtschaftlicher Wohlstand als allgemeine Messgröße aussagekräftig. Es geht vielmehr um das Schaffen von **Voraussetzungen für eine erfolgreiche Lebensgestaltung** für alle Mitglieder einer Gesellschaft. Der Befähigungsansatz liegt dem Human Development Index der Vereinten Nationen zugrunde.

Abbildung 1.4 stellt den Ansatz überblickshaft dar. Der Befähigungsansatz grenzt sich zum Beispiel von ergebnisbasierten Ansätzen ab, in

denen absolute wirtschaftliche Unterschiede als Maßstab dienen (rechts unten in Abbildung 1.4). Dem Befähigungsansatz zufolge ist es erstrebenswert, alle Menschen möglichst umfassend zu befähigen, Chancen beziehungsweise Verwirklichungsmöglichkeiten zu realisieren, wozu institutionelle und soziale Aspekte wesentlich beitragen. Der Befähigungsansatz verbindet die individuelle Ebene (da Individuen aus Befähigungen beziehungsweise Verwirklichungsmöglichkeiten wählen) mit der kollektiven Ebene (da viele Grundlagen für diese Befähigungen gemeinschaftlich bereitgestellt werden).

Der Befähigungsansatz kann im digitalpolitischen Kontext den Blick dafür schärfen, dass digitale Dienste und Technologien Verwirklichungsmöglichkeiten von Individuen beeinflussen. Digitale Technologien prägen den sozialen Kontext, der sich auf die Entfaltungsmöglichkeiten von Individuen auswirkt, und beeinflussen, wie materielle Grundlagen für Befähigung hergestellt werden. Beispielsweise können personalisierte Inhalte dazu beitragen, dass Menschen politischen Diskursen offener (oder weniger offen) gegenüberstehen, und Vergleichsdienste können mehr Wettbewerb und niedrigere Preise für Nachfragende befördern. Sie können aber auch in die Irre und zu für Konsumierende schlechteren Marktergebnissen führen. Gemeinwohlorientierte digitalpolitische Projekte sollten dazu beitragen, dass Verwirklichungsmöglichkeiten als übergeordneter Zweck entstehen. Für diese sind wirtschaftlicher Wohlstand und effiziente Märkte ein Mittel zum Zweck.

Ungleichheit verringern

Ein Unteraspekt des Befähigungsansatzes ist die Verteilung eben dieser Verwirklichungsmöglichkeiten: Sie sollen möglichst gleich verteilt sein. Inputs wie der Zugang zu Endgeräten und Rechenkapazität sind zurzeit ungleich verteilt, wie auch die individuellen Umwandlungsfaktoren von ungleich verteilter Medien- beziehungsweise Digitalkompetenz geprägt sind. Auch wenn politische Auffassungen darüber variieren, welches Ausmaß an sozialer Ungleichheit akzeptabel ist, ist es ein breit geteilter Konsens, dass das vorliegende Ausmaß tendenziell verringert werden sollte.

Digitale Technologien oder Dienste können deutliche Verteilungsauswirkungen haben. Sie können Ungleichheiten verstärken, indem sie Plattformen eine starke Verhandlungsmacht gegenüber schwächer gestellten Gruppen geben. Das ist im Kontext der Gig Economy-Arbeit zu beobachten, in der schlecht bezahlte Menschen unsichere Arbeitsverhältnisse mit Fahr- und Lieferdiensten eingehen. Ein weiteres Beispiel ist der Einsatz eines Algorithmus des österreichischen Arbeitsmarktservices (AMS), der den Umfang von Unterstützung für Arbeitssuchende auf Grundlage ihrer geschätzten Vermittlungschancen empfiehlt. Neben der Kritik an möglichen Ungenauigkeiten besteht auch Sorge, dass ein alleiniges Hauptaugenmerk auf Effizienz dazu führen kann, dass bereits schlechter gestellte Menschen (wie Frauen mit Betreuungspflichten) eher weniger Unterstützung erhalten.²⁴

Um Gemeinwohl zu fördern, sollten digitalpolitische Vorhaben Verteilungsauswirkungen erfassen und auf eine Verringerung von Ungleichheiten abzielen, indem sie möglichst ausgeglichene Verwirklichungsmöglichkeiten fördern.

Ungleichheit verringern bei Wikimedia

Diversität der Community

Die Freiwilligengruppe FemNetz möchte „dazu beitragen, eine Willkommenskultur in der Wikipedia zu fördern, um die Wikipedia auch künftig für unterschiedlichste Menschen lesenswert und zugänglich zu machen.“ Der FemSupport unterstützt Neulinge beim Editieren, beim WomenEdit werden Leerstellen in der Wikipedia gefüllt und so die Anzahl der Artikel über Architektinnen, Wissenschaftlerinnen, Widerstandskämpferinnen und andere unterrepräsentierte Akteurinnen erhöht.

Movement Charter Ambassadors

Mit der Movement-Charter hat die globale Wikimedia-Bewegung sich ihr zentrales Governance-Dokument gegeben. Nicht alle Mitglieder in lokalen Communitys haben die gleichen personellen, organisatorischen und zeitlichen Ressourcen, um sich an diesem Prozess zu beteiligen. Die [Movement Charter Ambassadors](#) sind Freiwillige, die in [Community Conversations Input](#) für ihre Region, Stadt oder ein spezifisches Projekt sammeln und in die Charter-Entwicklung einbringen.

Offenheit

Wenn die Ergebnisse digitalpolitischer Vorhaben offen für Wiederverwendung sind, trägt dies zu mehreren gemeinwohlorientierten Zielen bei: Offenheit verringert die Notwendigkeit, mehrfach Ressourcen (Zeit, Rechenkapazitäten etc.) beispielsweise für die Erhebung von Daten oder die Entwicklung eines Dienstes aufzuwenden. Das ist ökologisch nachhaltig. Zudem gibt Offenheit vielen Menschen Zugang zu den Inhalten von digitalpolitischen Projekten. Das gilt zum Beispiel für zivilgesellschaftliche oder allgemein kleine Organisationen, die selbst nicht die Ressourcen haben, um diese Inhalte zu erstellen beziehungsweise für deren Erstellung aufzukommen. Aus ökonomischer Perspektive schafft dies mehr Wettbewerb aufgrund einer für viele zugänglichen Grundlage, was wiederum tendenziell Ungleichheit entgegenwirkt.

²⁴ Siehe Streit um den AMS-Algorithmus geht in die nächste Runde, Gericht macht Weg für den AMS-Algorithmus wieder frei, Projekt der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

²⁵ Die Nichtregierungsorganisation Open Future hat eine Serie von Diskussionsbeiträgen rund um die Frage des Stellenwerts von Offenheit veröffentlicht, begonnen mit [The Paradox of Open](#).

²⁶ Die Frage nach dem Zugang zu Infrastruktur und Diensten ist eng mit der Verteilungsthematik verknüpft, doch nicht deckungsgleich. Denn ein möglichst niedrighelliger Zugang trägt auch zu einer Verringerung von Ungleichheit bei, allerdings gälte das auch für einen für alle ähnlich schlechten Zugang

²⁷ ActivityPub ist ein 2018 veröffentlichtes, offenes, dezentrales Protokoll für soziale Netzwerke, das vom W3C verwaltet wird; Bluesky ist eine Public Benefit LLC, die aus Twitter entstanden ist und zurzeit an einem ebenfalls dezentralen Protokoll für soziale Interaktionen arbeitet.

Offenheit spielt in der Digitalpolitik eine wichtige Rolle, da sie in vielen Vorhaben ein Gestaltungselement darstellt, über das entschieden wird und das wiederum viele weitere Entscheidungen beeinflusst. Teilweise wird Offenheit als Selbstzweck verstanden, doch der Tenor geht dahin, Offenheit als einen Hebel für mehr Verwirklichungsmöglichkeiten zu sehen.²⁵ Offenheit kann je nach Anwendung verschiedene Formen annehmen. Bei Software spielt die freie und offene Wiederverwendbarkeit eine wesentliche Rolle, bei Diensten kann auch die Interoperabilität - also die technische Anknüpfungsfähigkeit für andere Dienste - hinzukommen.

Offenheit bei Wikimedia

MediaWiki

MediaWiki ist das Wissensmanagement-System hinter der Wikipedia, das als Software frei zur Verfügung steht. Alle können sie herunterladen und mit ihr Wissen organisieren und zugänglich machen. Unternehmen und Behörden wie NASA, Intel, das Landesamt für Umwelt Mecklenburg-Vorpommern und die Zentrale für Unterrichtsmedien im Internet nutzen MediaWiki.

Lizenzen in Wikipedia & Co

Die Community, die zu Wikimedia-Projekten beiträgt, ist divers, aber sie verbindet ein Ziel: mehr Wissen, Daten und Medien digital und frei zugänglich zu machen. Daher können nur solche Inhalte in die Projekte einfließen, die unter CC-0, CC-BY oder CC-BY SA Lizenz stehen und somit in ihrer Wiederverwendbarkeit nicht bis kaum eingeschränkt sind.

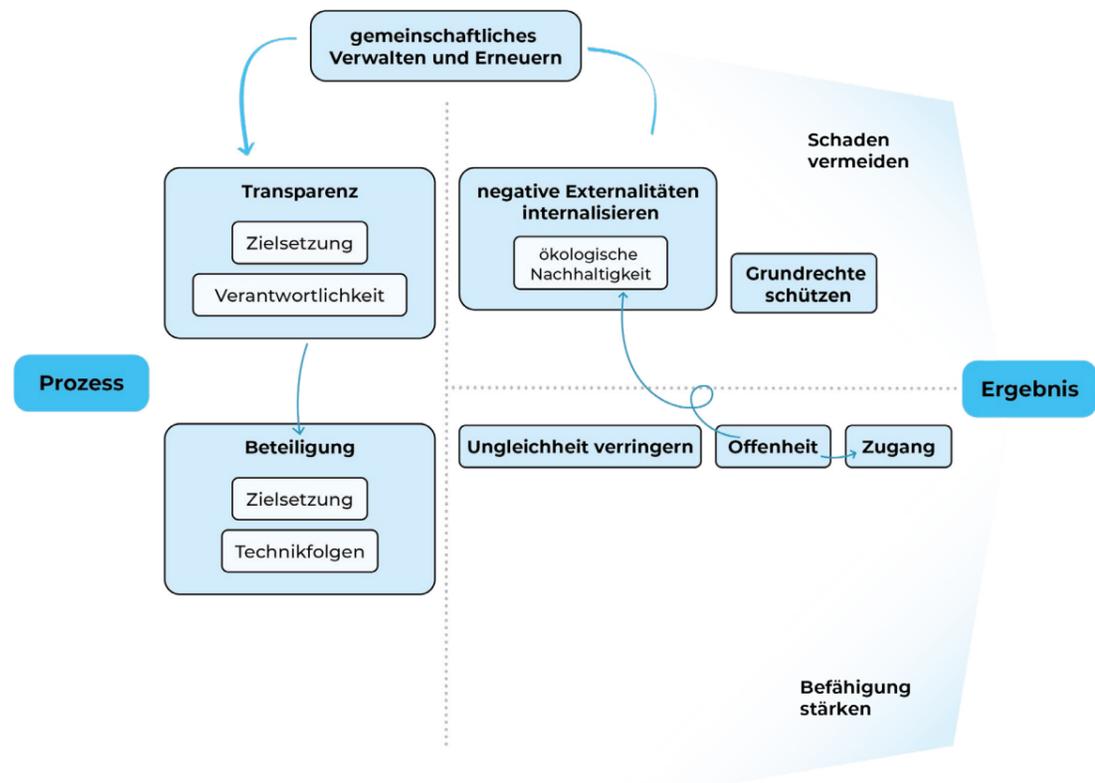
Zugang zu digitaler Infrastruktur und Diensten

Niedrighelliger Zugang führt dazu, dass sich möglichst viele Menschen im digitalen Raum einbringen und teilhaben können.²⁶ Dementsprechend sollte eine gemeinwohlorientierte Digitalpolitik dafür sorgen, dass Infrastruktur und Dienste möglichst niedrighellig **zugänglich** und **verfügbar** sind. Das bedeutet, dass ausreichende Kapazitäten vorhanden sein müssen, was bei rein digitalen Gütern oft weniger problematisch ist als bei

der physischen Infrastruktur, die zugrunde liegt.

Der Zugang zu digitaler Infrastruktur und Diensten hängt von mehreren Faktoren ab: Mit Blick auf die reine **Nutzung** sorgen ein niedriger Preis oder auch einer von null dafür, dass monetäre Voraussetzungen wie Einkommen eine untergeordnete Rolle dafür spielen, wer einen Dienst nutzen kann. Einen breiten Zugang zur **Gestaltung** von Diensten können quelloffene Protokolle wie ActivityPub oder Bluesky²⁷ schaffen. Sie liegen unter anderem dem föderierten sozialen Netzwerk Mastodon zugrunde. Bei diesen ist neben der freien Wiederverwendbarkeit auch zu beachten, dass ihr Quelltext frei eingesehen werden kann. Allerdings bleiben zurzeit bisher gewisse Erfordernisse an Programmierfähigkeiten unvermeidbar und weisen auf die wichtige Rolle von digitalen Kompetenzen hin, die für Zugang ebenfalls von Bedeutung sind.

Abbildung 1.5
Dynamische Dimension von Gemeinwohlorientierung



Zugang bei Wikimedia

Community-Förderung & Mentorship-Programm

Eine Hürde für eine aktive Mitarbeit in der Wikipedia kann im fehlenden Zugang zu Soft-, Hardware oder zu digitalen Diensten liegen. Die Förderangebote des Teams Communitys und Engagement umfassen daher [Software-Stipendien](#), die [Technik-Leihe](#) oder die [The Wikipedia Library](#), über die Freiwillige Zugang zu digitalen Datenbanken und Literatur erhalten, sowie den generellen [Zugang zu Fachliteratur](#).

Wikibase Cloud

Wikibase ist die Software hinter der freien und offenen Datenbank Wikidata. Damit Nutzende mit weniger finanziellen Mitteln oder technischem Know-how eine Datenbank aufbauen können, entwickelt Wikimedia Wikibase Cloud. Das Hosting übernimmt Wikimedia, die Installation ist auch für Datenhaltende möglich, die keine Profis sind. Zudem gibt es Tutorials, etwa zum Thema [Datenmodellierung](#). Zurzeit handelt es sich um einen [Beta-Dienst](#), für den sich Interessierte [hier anmelden](#) können.

Dynamische Erwägungen Gemeinwohlorientierte Digitalpolitik darf nicht statisch sein, sondern sollte sicherstellen, dass sie auch ein gemeinschaftliches Verwalten, Überarbeiten und Erneuern digitalpolitischer Vorhaben vorsieht, wie in [Abbildung 1.5](#) dargestellt. Denn sowohl das Gemeinwohlverständnis als auch die für Teilhabe relevanten Perspektiven entwickeln sich andauernd fort. Das bedeutet, dass die Übersetzung von wirksamer Prozessbeteiligung in Ergebnisse nicht nur einmal stattfinden sollte, sondern es eines fortlaufenden Prozesses bedarf, mit dem in digitalpolitischen Vorhaben erzielte Ergebnisse transparent gemacht werden²⁸ und über Beteiligungsverfahren gegebenenfalls für die Zukunft angepasst werden können.

²⁸ Zurzeit arbeitet das Digitalministerium mit der Agora Digitale Transformation an einem Evaluationskonzept, dessen Stand zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht öffentlich ist.

Eine gemeinwohlorientierte Digitalpolitik sollte eine langfristige Bindung an gemeinwohlorientierte Zielstellungen sicherstellen. Hierfür gibt es zwei wesentliche Herausforderungen:

- Wie kann verhindert werden, dass gemeinwohlorientierte Vorhaben sich durch nicht-gemeinwohlorientierten Wettbewerb dazu genötigt sehen, ihre Gemeinwohlorientierung zu verringern oder aufzugeben? Rein gewinnorientierte Unternehmen haben üblicherweise besseren Zugang zu Ressourcen, insbesondere Finanzierung, die zum Beispiel höhere Gehälter für besser ausgebildete Mitarbeitende ermöglicht.
- Wie kann eine langfristige staatliche Förderung so ausgestaltet werden, dass sie dieses Spannungsfeld von Markt- und Gemeinwohllogik berücksichtigt? Zurzeit ist es beispielsweise für gemeinwohlorientierte Projekte kaum möglich, staatliche Förderung zu bekommen, um ihre Dienste zu verbessern. Im Gegensatz dazu ist es für rein gewinnorientierte Anbieter oft einfacher, Förderung mit Verweis auf die kommerziellen Verwertungsmöglichkeiten zu erhalten.

Auch wenn es zu Beginn eines Vorhabens noch keine klaren Strategien für diese Herausforderungen gibt, sollten die Verantwortlichen Möglichkeiten schaffen, solche später einzubauen.

Gemeinschaftliches Verwalten und Erneuern bei Wikimedia

Softwareentwicklung und pinke Ponys

Die Softwareentwicklung nutzt [Pink Pony Sessions](#), um etwa das Projekt [Wikidata](#) langfristig gemeinwohlorientiert zu gestalten und auch große Ideen und Visionen aus der Community aufzugreifen und umzusetzen. „Wünsch dir etwas, egal was. Auch etwas wie 'Ich will ein pinkes Pony'.“ Die Ideen aus den Sessions sind [öffentlich einsehbar](#).

Das Förderbarometer

Wikimedia Deutschland fördert finanziell, ideell oder organisatorisch mit verschiedenen Maßnahmen die Aktivitäten der Freiwilligen-Community. Das [Förderbarometer](#) zeigt seit 2017 quartalsweise, wer welche Förderangebote nutzt, was funktioniert und was nicht, und welche zusätzlichen Angebote sich die Freiwilligen wünschen. Die Berichte sind [öffentlich einsehbar](#).

Gemeinwohl in aktuellen digitalpolitischen Vorhaben

Inwiefern erfüllen aktuelle digitalpolitische Vorhaben die acht Anforderungen? Im Folgenden nehmen wir drei Vorhaben näher in den Blick, die ein Spektrum verschiedener digitalpolitischer Fördermaßnahmen abbilden. Damit veranschaulichen wir, wie Gemeinwohlorientierung einen Weg in die digitalpolitische Umsetzung finden kann, und zeigen auf, wie bestehende Vorhaben stärker gemeinwohlorientiert ausgestaltet werden können. Die drei Vorhaben sind das Dateninstitut (DI), der Sovereign Tech Fund (STF) und der Mobility Data Space (MDS). Wir haben diese drei Vorhaben ausgewählt, um Projekte mit verschiedenen Zielen, Umsetzungsständen und Organisationsformen abzubilden.

Tabelle 1
Überblick der drei untersuchten digitalpolitischen Vorhaben

	STF	MDS	DI
Ziel	Förderung von Open-Source-Infrastruktur	Förderung von Datenaustausch im Mobilitätsbereich	Förderung von Datennutzung und -bereitstellung
Bezug zu Koalitionsvertrag 2021	„Darüber hinaus sichern wir die digitale Souveränität, u. a. durch das Recht auf Interoperabilität und Portabilität sowie das Setzen auf offene Standards, Open Source und europäische Ökosysteme...“	„Den Datenraum Mobilität entwickeln wir weiter.“	„Ein Dateninstitut soll Datenverfügbarkeit und -standardisierung vorantreiben, Datentreuhändermodelle und Lizenzen etablieren.“
Zuständiges Ministerium	Wirtschaftsministerium (BMWK)	Digitalministerium (BMDV)	Wirtschafts- und Innenministerium (BMWK und BMI)
Umsetzungsstand	Operativ seit September 2022	Gründung im Juni 2021	In Planung, für 2023 Anstoß von zwei Anwendungsfällen
Organisationsform	Aktuell angegliedert an SPRIND, Unabhängigkeit angestrebt	GmbH	Wird über Ausschreibung aufgebaut, Details noch unklar
Finanzierung	11,5 Mio. € für 2023, jährliche Finanzierung	8,5 Mio. € seit 2021, gemeinsam mit privater Finanzierung €15,6 Mio. (Aufstockung geplant)	10 Mio.€/Jahr zwischen 2023 und 2025

Prozess

Wurden im Prozess der Entwicklung und Realisierung des Projekts Möglichkeiten für eine wirksame Beteiligung von Interessenvertretern geschaffen, mindestens mit Bezug zu

- den **Zielen** des Vorhabens und
- seinen möglichen **Technikfolgen**?

Und wurde von den Verantwortlichen die dafür notwendige Transparenz realisiert, mindestens in Bezug auf

- die **Ziele** des Vorhabens und
- die **Verantwortlichkeiten** für Auswirkungen und Ergebnisse?

Die drei Vorhaben wählen hier unterschiedliche Wege.

Transparenz

Der **STF** gewährt Transparenz, indem er seinen Weg von der Machbarkeitsstudie²⁹ über den Start der Pilotphase bis hin zur Evaluation derselben³⁰ in Form von Berichten, Bekanntmachungen über geförderte Projekte und deren Aktivitäten sowie über Veranstaltungen öffentlich dokumentiert. Hinzu kommt, dass er in dieser Dokumentation darstellt, an welchen Stellen mehr Transparenz folgen wird. Das betrifft etwa die quantitativen Metriken, mit denen sich bewerbende Förderprojekte beurteilt werden. Es ist für die Gemeinwohlorientierung wünschenswert, dass das Maß an Transparenz weiterhin zunimmt.

→ Das **Ziel** besteht darin, die bisher lückenhafte Finanzierung für Open-Source-Infrastruktur-Komponenten aufzufangen. Besonders kritische Komponenten sollen mehr Ressourcen erhalten, vor allem in Form von Zeit derjenigen, die sie entwickeln, um ein offenes Software-Ökosystem zu fördern.

→ Die **Verantwortung** für die Ergebnisse der STF-Förderung liegt bei den geförderten Projekten selbst. Der STF selbst ist Teil der Agentur für Sprunginnovation (SPRIND), die im jährlichen Turnus vom Wirtschaftsministerium gefördert wird. So ist zu erwarten, dass die Wirkung des STF mit Regelmäßigkeit politisch beurteilt und gegebenenfalls nachjustiert werden kann. Hierbei sollten Gemeinwohlüberlegungen eine wichtige Rolle spielen.

Der **MDS** schafft Transparenz über eine öffentliche Webseite, die Beteiligte und Anwendungsfälle dokumentiert. Allerdings fehlt es an wichtigen Stellen an Transparenz: Die Satzung der GmbH ist nur über das Handelsregister zugänglich (und nicht über die Gründungsgesellschafterin acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e. V.). Es ist nicht ersichtlich, wann öffentliche Mittel (einschließlich von den nun beteiligten Bundesländern) in welchem Umfang fließen. Im Handelsregister kann ebenfalls eingesehen werden, dass die Mehrheit der Anteile weiterhin bei acatech liegt. Allerdings ist nicht klar, was das für die interne Governance bedeutet, also wie Entscheidungen gefällt werden und welche Interessen acatech dabei vertritt. Es ist wünschenswert, dass mehr Transparenz zu diesen Punkten geschaffen wird, mindestens über eine umfassendere Dokumentation auf der Webseite. Auf dieser ist beispielsweise nicht ersichtlich, dass eines der wesentlichen Anliegen des MDS nach Angaben des Digitalministeriums und acatech zurzeit darin besteht, weitere Mitglieder außerhalb des Automobilsektors einzubinden.

²⁹ STF Machbarkeitsstudie, Oktober 2021.

³⁰ STF Evaluationsbericht Pilotphase, April 2023.

- Als **Ziele** nennt die Satzung des MDS "Automatisierung und Künstliche Intelligenz" sowie "autonomes Fahren". Aspekte wie Umweltfreundlichkeit finden am Rande Erwähnung.
- Die **Verantwortung** für die Umsetzung und die Ergebnisse des MDS liegt überwiegend bei acatech als Gründungsgesellschafterin der GmbH. Das Digitalministerium scheidet nur noch wenig zu steuern, was angesichts der eingebrachten öffentlichen Gelder problematisch gesehen werden kann. Die Mischfinanzierung macht es schwer nachvollziehbar, wie politische und wirtschaftliche Ziele miteinander in Einklang gebracht beziehungsweise abgewogen werden. Zudem wird nicht offengelegt, woher genau die privaten Mittel kommen und wie diese Stimmrechte beeinflussen. Nach außen ist unklar, wer die bisherigen Ziele gesetzt hat und wer welche Befugnisse in Bezug auf die Weiterentwicklung des MDS hat. Wer ist für die Einbindung von Beteiligten außerhalb des Automobilbereichs zuständig? Wer könnte hierfür, sofern notwendig, auch interne Veränderungen beim MDS anstoßen?

schaft, Wissenschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft – erschwert es, eine klare Zielrichtung zu definieren und transparent zu machen, wie diese festgelegt wird. Kein klar umrissenes Ziel zu haben, wäre insofern fatal, als so keine Zielorientierung möglich wäre und somit nur kurzfristige Maßnahmen zu erwarten wären.

- Die **Verantwortung** für die Wirkung des DI liegt zurzeit bei zwei Ministerien, dem Wirtschafts- und dem Innenministerium. Das macht die Verantwortlichkeiten nach außen besonders intransparent, da unklar ist, wer wie Entscheidungen trifft und dafür ansprechbar und rechenschaftspflichtig ist. Mittelfristig soll das DI eine eigene Organisationsform annehmen; allerdings ist noch unbestimmt, wie eine Übergabe der Verantwortlichkeit an das DI stattfinden soll und welche Rolle politische Akteure im Anschluss spielen werden. Klarer scheint im Moment zu sein, dass das DI agil arbeiten soll. Das heißt, dass die nächsten Schritte auf Basis der neuesten Erkenntnisse definiert werden. Aber auch bei agilem Vorgehen ist Verantwortlichkeit unabdingbar.

Beteiligung

Inwiefern binden die Vorhaben Perspektiven verschiedener Gruppen ein? Inwiefern geschieht das insbesondere in Bezug zu:

- der Zielsetzung oder der zu lösenden Fragestellung?
- möglichen Technikfolgen?

Der **STF** hat im Kontext seiner Machbarkeits- und Evaluationsstudien verschiedene Perspektiven eingeholt und erhoben, welchen Förderbedarf es in der Open-Source-Community gibt.³³ Zurzeit beschäftigt sich der STF unter anderem mit der Frage, über welche Formate er Input bekommen kann, um damit über das informelle Netzwerk der beteiligten Personen hinauszugehen.

Das **DI** ist bisher begrenzt transparent. Der Bericht³¹ der Gründungskommission wurde zeitnah nach seiner Abgabe veröffentlicht, bei anderen Dokumenten³² gab es eine Verzögerung von mehreren Monaten. Auch war und ist bisher nur kurzfristig absehbar, welche Beteiligungsformate zu erwarten waren und sind. Gerade im Hinblick auf die mögliche Rolle des DI für mehr Datennutzung im öffentlichen Interesse ist es wünschenswert, dass die beteiligten Ministerien mehr Transparenz herstellen. Das gilt insbesondere für die Frage, wer für den aktuellen Prozess der Gründung des DI verantwortlich ist und wie er gestaltet wird.

- Eine besondere Herausforderung für die **Zielsetzung** für das DI ist, dass prinzipiell viele Perspektiven beteiligt werden sollen. Das breite Spektrum an Akteuren mit unterschiedlichen Interessen – Wirt-

³⁴ Siehe [Webseite des MDS](#).

³⁵ Der Automobilbranche rechnen wir Unternehmen zu, bei denen erkennbar ist, dass sie ihren Umsatz ganz überwiegend aus Automobilität erwirtschaften oder Tochterunternehmen sind. Nicht dazu zählen wir Unternehmen, die auch und gegebenenfalls sogar zu großen Teilen mit Automobilität Geld verdienen (wie Kartenanbieter oder Ladesäulenanbieter).

³⁶ Neben acatech sind von den weiteren zwölf Gesellschaftenden drei Bundesländer, sechs aus der Automobilwirtschaft (einschließlich Tochterunternehmen) und drei weitere Unternehmen.

³⁷ Zum Beispiel wurde in der öffentlichen Konsultation danach unterschieden, ob das DI eher „Datentreuhänder“ oder „Datendrehscheibe“ sein solle.

³⁸ Wie die Fragen danach, welches Problem das DI lösen soll.

³⁹ Beispielsweise hat zunächst die Gründungskommission Anwendungsfälle erarbeitet, wobei auch parallel von außen Anwendungsfälle konsultiert wurden. Allerdings wurden diese Anwendungsfälle nicht übernommen, sondern in den Ministerien neu definiert.

⁴⁰ Innenministerium (2023), „Konzept zum Aufbau des Dateninstituts“.

- Sein **Ziel** hat der STF aus der Community abgeleitet, deren Projekte gefördert werden sollen, und dieses dann in ein politisches Vorhaben umgesetzt. Dabei kann der STF daraus bisher nur einen Teil abdecken. Fragen um beispielsweise die Langfristigkeit der Förderung und Diversität sind zurzeit noch offen. Auch gibt es einen Bedarf an Förderung für Open-Source-Anwendungen (statt -Infrastruktur), der außerhalb des Augenmerks des STF liegt.
- Die **Technikfolgen** können nach Angabe des STF in der Pilotphase überwiegend beobachtet werden, da die geförderten Projekte zu einem großen Teil bereits in Nutzung sind. Bisher gibt es kein konkretes Vorgehen, um Technikfolgen zukünftiger Projekte strukturiert zu erfassen.

Es ist wünschenswert, dass der STF weiterhin mit der Community in Kontakt bleibt, um zu testen, ob die Maßnahmen des STF den Bedarf angemessen decken oder wie nachgeschärft werden kann.

Der **MDS** beschreibt sich als eine Allianz vieler Akteur*innen aus der deutschen Mobilitätslandschaft, von denen mehr als 200 an der Konzeption unter der Leitung der acatech beteiligt waren.³⁴ Im Juni 2023 waren 98 Organisationen als Teilnehmende beim MDS registriert, von denen 20 bis 24 der Automobilbranche zuzuordnen sind.³⁵ Die Automobilindustrie ist stärker in der Gruppe der Gesellschafter vertreten,³⁶ die die Richtungsentscheidungen des MDS steuert (wie die Ernennung von Aufsichtsrat und Beirat). Der MDS ist zurzeit um Einbindung weiterer Akteur*innen bemüht, insbesondere auch über den Automobilbereich hinaus, zum Beispiel über mögliche partizipative Formate. Doch dies gestaltet sich nach Aussage des MDS und Digitalministeriums bisher schwierig.

- Die **Ziele** des MDS sind vermutlich durch die Gesellschaftenden geprägt. Es bestehen Zweifel, inwieweit die bestehenden Ziele für diejenigen, um die der MDS

erweitert werden soll, anknüpfungsfähig sind. Diese Zweifel ergeben sich daraus, dass die bisher Beteiligten überwiegend wirtschaftliche Ziele und diese primär im Automobilsektor verfolgen, was den Spielraum einschränkt, in dem Ziele neben Gewinnerzielung umgesetzt werden können.

- Für mögliche **Technikfolgen** erklärt sich der MDS nicht verantwortlich, da er die Rolle einer Plattform einnimmt, die befördert, dass es zu einer gemeinsamen Datennutzung kommt. Die Datenteilenden allein legen fest, wer zu welchen Zwecken Daten nutzen darf.

Es ist wünschenswert, dass mehr Beteiligung stattfindet, das sieht auch der MDS so. Allerdings ist fraglich, inwiefern nachträglich weitere Perspektiven wirksam Eingang finden können, insbesondere, wenn diese nicht umfänglich mit denen der etablierten Gesellschafter kompatibel sind. Dies wäre zu einem früheren Zeitpunkt einfacher auszuhandeln gewesen.

Das **DI** soll sich agil entwickeln. Dadurch werden weitergehende Schritte schwer plan- und vorhersehbar, was wiederum die rechtzeitige und effektive Einbindung von Interessensvertretenden erschwert. In der Konsultation aus dem Herbst 2022 waren manche Fragen voraussetzungsreich und wurden zu wenig erklärt.³⁷ Andere Fragen wiederum wurden zu allgemein formuliert.³⁸ Zudem ist die Wirksamkeit von Beteiligung nach außen nicht transparent.³⁹ Im Weiteren wird das DI über offene Ausschreibungen umgesetzt: Zwei Anwendungsfälle und der Aufbau des DI selbst erfolgen auf diesem Weg.⁴⁰ Es ist bisher noch nicht festgelegt, welche Anforderungen hierbei zu erfüllen sind und inwiefern diese den Kreis der Beteiligten einschränken, wenn sie zum Beispiel besser von Beratungsunternehmen als von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erfüllen sind. Denn Vergaberichtlinien sind eher auf einen Wettbewerb zwischen Organisationen ausgerichtet, die Auftragsprojekte akquirieren und umsetzen. Doch dieser wirft Zweifel auf, ob gemeinwohlorientierte

Akteur*innen sich hierbei ausreichend einbringen können. Die Anforderungen wurden in einen im Juli 2023 stattfindenden Marktdialog erörtert.⁴¹

- Bisher ist die **Zielsetzung** des DI noch sehr breit. Aus partizipatorischer Sicht ist es problematisch, wenn das Ziel trotz scheinbarer Beteiligung doch nach politischen Kalkülen definiert wird, weil die Akteur*innen sich nicht einigen. Sinnvoll wäre es daher, eine Priorisierung vorzunehmen und vor allem zu erklären, wer mit welcher Gewichtung beteiligt wird. Beteiligte, die gewinnorientiert sind, können dabei nur mit begrenztem Spielraum Ziele einbringen, die nicht auf ihren Gewinn einzahlen.
- Bisher ist nicht absehbar, inwiefern eine Beteiligung verschiedener Perspektiven zu **Technikfolgen** realistisch ist. Diese sollte insbesondere bei der Auswahl der Projekte, die das DI umsetzen beziehungsweise begleiten soll, eine Rolle spielen.

Es ist wünschenswert, dass das DI eine klare Position dazu entwickelt, welche Aspekte agil und welche mit planbarer Beteiligung erarbeitet werden sollen. Vereinbar sind diese Vorgehensweisen nur mit deutlichem Mehraufwand für die für das DI politisch Verantwortlichen.

Ergebnis

Inwiefern tragen die Ergebnisse der digitalpolitischen Vorhaben zum Gemeinwohl bei? Bei der Beurteilung der Ergebnisse blicken wir darauf, ob Gemeenschaden vermieden wird und ob das Vorhaben Verwirklichungsmöglichkeiten stärkt.

Gemeenschadenvermeidung

Vermeiden die Vorhaben Gemeenschäden, und wenn ja, wie? Wir betrachten zunächst Externalitäten und dann den Schutz von Grundrechten.

Externalitäten internalisieren, darunter ökologische Nachhaltigkeit

Der **STF** ist darauf bedacht, dass keine negativen Externalitäten zum Tragen kommen beziehungsweise dass seine Förderung bestehenden Externalitäten im Open-Source-Ökosystem entgegenwirkt. Freie Open-Source-Technologien schaffen zunächst positive Externalitäten, da sie auch denen zur Verfügung stehen, die nicht zur Entwicklung beigetragen haben. Negative Externalitäten der STF-Förderung sind prinzipiell denkbar. Denn das Ziel des STF besteht darin, besonders kritische Komponenten von Open-Source-Technologien finanziell zu unterstützen. Dies gilt vor allem für Komponenten beziehungsweise Aktivitäten, deren Finanzierung für einzelne Unternehmen nicht ausreichend profitabel sind, obwohl sie die Technologie nutzen. Prinzipiell gilt, dass Unternehmen nur dort finanzielle Mittel einbringen, wo sie selbst einen ausreichend großen Mehrwert aus Verbesserungen des Open-Source-Ökosystems ziehen. Würde der STF in diesem Bereich aktiv, könnten Unternehmen ihren Beitrag weiter verringern, was nicht erwünscht ist. Zudem achtet der STF darauf, mit der Förderung auf Infrastrukturebene nicht den Wettbewerb auf Anwendungsebene zu verzerren. Zurzeit fördert der STF keine Anwendungen, die miteinander im Wettbewerb stehen, sondern Infrastruktur, die oft ähnlichen Zwecken dient, also Redundanzen darstellt. Dies ist beabsichtigt, um die Abhängigkeit von einzelnen Infrastrukturelementen zu verringern und Resilienz zu fördern. Ökologische Nachhaltigkeit findet im Moment keine wesentliche Berücksichtigung. Der STF geht davon aus, dass durch die Wiederverwendbarkeit von freien Open-Source-Technologien eine bessere Ressourcennutzung erfolgt. Diese steht in einem Spannungsverhältnis zu der Förderung von Redundanzen. Angesichts dieses Spannungsverhältnisses ist es wünschenswert, zu prüfen, inwiefern beabsichtigte Redundanzen die ökologischen Kosten in Form von niedrigerer Ressourceneffizienz rechtfertigen. Ebenfalls sollte im Blick behalten werden, inwiefern die Förderung

⁴¹ Innenministerium (2023), Einladung zum Marktdialog „Dateninstitut – Vorbereitende Arbeiten zur Gründung (Modul 3)“.

möglicherweise private Investitionen verdrängen könnte.

Es ist bisher nicht bekannt, dass beim **MDS** ein wesentliches Augenmerk auf negative Externalitäten im Allgemeinen oder auf ökologische Nachhaltigkeit im Speziellen liegt. Dabei besteht eine offensichtliche Verbindung zwischen Mobilität und ökologischer Nachhaltigkeit - und es scheint verpasst worden zu sein, diese zumindest mit in den Blick zu nehmen. Es liegt nahe, dass dies auch in der Wahl der Gesellschafter mit Schwerpunkt auf der Automobilbranche begründet liegt. Es ist wünschenswert, zu prüfen, wie sich der MDS jetzt und in Zukunft vor allem auf ökologische Nachhaltigkeit auswirkt und wie mögliche Externalitäten sichtbar gemacht und reduziert werden können.

Das **DI** könnte über die weitere Ausgestaltung des Zielbilds und die Auswahl der Anwendungsfälle negative Externalitäten internalisieren, ohne dabei bestehende Projekte zu replizieren.⁴² Ein energiepolitischer Anwendungsfall soll von der Deutschen Energie-Agentur (dena) ausgeschrieben und begleitet werden. Dieser hat das Potenzial, zu ökologischer Nachhaltigkeit beizutragen, indem er Ressourceneffizienz fördert. Es ist wünschenswert, mögliche Externalitäten bei der Auswahl von Anwendungsfällen zu untersuchen und zu vermeiden.

Grundrechte schützen

Beim **STF** ist Kritikalität bisher das wesentliche Kriterium für die Förderwürdigkeit von Projekten, das heißt, das Ausmaß, in dem andere Technologien auf einer Infrastruktur aufbauen. Die Relevanz der Grundrechte spielt bisher keine Rolle. Bei manchen der in der Pilotphase geförderten Projekten ist es naheliegend, dass sie Grundrechte stärken, indem sie zum Beispiel Verschlüsselungsmöglichkeiten erweitern.⁴³ Eine Empfehlung ist, die Auswirkungen der geförderten Technologien auf Grundrechte im Blick zu behalten und möglicherweise als Kriterium zur Prüfung der Förderwürdigkeit aufzunehmen.

⁴² Wikimedia, „Dateninstitut: Ehrenamtliche Expertise nutzen!“, Blogbeitrag vom 19.01.2023.

⁴³ Dies gilt zum Beispiel für Sequoia-PGP und OpenMLS.

Der **MDS** hat bisher keine offensichtlichen Auswirkungen auf Grundrechte. Laut Satzung ist er „der Datensouveränität, der Datentransparenz und dem Datenschutz verpflichtet“, wobei insbesondere der Datenschutz grundrechtliche Relevanz hat. Diese Ziele können im Konflikt mit den Interessen der Gesellschaften stehen und es bleibt zu beobachten, wie diese weiterhin umgesetzt werden. Dementsprechend ist es aus Gemeinwohlperspektive wünschenswert, Auswirkungen auf Grundrechte in Zukunft in den Blick zu nehmen.

Ähnlich wie bei den Externalitäten ist es gerade noch sehr offen, inwiefern das **DI** Grundrechte berücksichtigen wird. Gerade das Zusammenführen von Datennutzung und Datenschutz wirft offene Fragen auf, wie diese konkret in Einklang zu bringen sind. Sowohl bei der weiteren Ausgestaltung des DI als Organisation als auch bei der Auswahl von Umsetzungsprojekten sollten mögliche Auswirkungen auf Grundrechte bedacht werden.

Stärkung von Verwirklichungsmöglichkeiten

Inwiefern tragen die Vorhaben positiv zum Gemeinwohl bei? Insbesondere, inwiefern stärken sie die Befähigung und schaffen Zugang zu und Offenheit von digitalen Diensten und Infrastruktur?

Befähigung stärken und Ungleichheit verringern

Der **STF** hat das Ziel, aktuell unterfinanzierte oder ehrenamtlich betriebene Open-Source-Infrastruktur besser mit Ressourcen zu versorgen, um damit eine digitale Daseinsvorsorge sicherzustellen beziehungsweise diese zu verbessern. Die Verfügbarkeit von offenen Infrastrukturen ist zumindest eine Voraussetzung dafür, dass auch weniger ressourcenstarke Organisationen Anwendungen entwickeln und bereitstellen können. Zugleich besteht beim STF ein Bewusstsein dafür, dass Entwickelnde, insbesondere im Open-Source- und im Infrastruktur-Bereich, eher männlich und weiß sind, was wiederum die Sicht auf gesellschaft-

liche Probleme einschränkt und damit auch die Beschaffenheit der Infrastruktur prägt. Allerdings scheinen dafür zurzeit keine geeigneten Gegenmittel zur Verfügung zu stehen, da zum Beispiel kein Spielraum für Quoten besteht. In Bezug auf die eigene Organisation fällt auf, dass die jährliche Finanzierung die Attraktivität der Stellen für Menschen mit Bedürfnis nach größerer Arbeitsplatzsicherheit deutlich senkt und damit auch die interne Diversität. Es ist wünschenswert, die identifizierten Herausforderungen weiterhin im Blick zu behalten, um Spielräume für eine Verbesserung zu nutzen, sobald sie sich bieten.

Der **MDS** artikuliert das Ziel, auch kleineren Akteur*innen zu ermöglichen, am Wert von Daten teilzuhaben. Inwiefern dieses Ziel zurzeit erreicht wird, ist fraglich, und die starke Betonung von Datensouveränität⁴⁴ kann dies sogar erschweren, da keine allgemeinen Datenzugangs-/teilungsregeln vorgesehen sind, sondern jegliche Formen von Einschränkungen denkbar sind. Gerade weil kleinere Akteur*innen bisher kaum am MDS beteiligt sind, ist unklar, ob ihre Interessen ausreichend Berücksichtigung finden. Die Satzung des MDS etabliert zwar die Anforderung der Nicht-Diskriminierung. Doch es ist unklar, inwieweit die Einhaltung dieser Regel nachverfolgbar ist, da die Konditionen der laufenden und abgeschlossenen Transaktionen zumindest nicht öffentlich einsehbar sind. Es ist wünschenswert, dass der MDS mehr Transparenz bezüglich der Frage schafft, welche Auswirkungen er auf Ungleichheit hat, um erwägen zu können, inwiefern seine Ausgestaltung angepasst werden soll.

Das **DI** formuliert zwar ein offenes Bekenntnis zur Gemeinwohlorientierung, hält sich jedoch mit einer Zielrichtung oder Anforderungen zurück, wie diese umzusetzen ist. Die Gründungskommission empfiehlt vier Kriterien, nach denen Anwendungsfälle ausgewählt werden sollen: die Machbarkeit mit Ressourcen des DI, die Machbarkeit im bestehenden rechtlichen und politischen Rahmen, das Potenzial für Skalierung und Wiederverwendung, sowie die politische und/oder gesellschaft-

liche Relevanz.⁴⁵ Lediglich der letzte Punkt könnte einen losen Bezug zu Befähigung oder Ungleichheit aufweisen, wobei mit dem Begriff der Relevanz eine möglichst allgemeine Formulierung gewählt wurde. Es ist aus Gemeinwohlperspektive wünschenswert, dass das DI die Kriterien „Befähigung stärken“ und „Ungleichheit verringern“ für die Auswahl von Anwendungsfällen wesentlich berücksichtigt.

Zugang und Offenheit

Der **STF** zielt darauf ab, mit seinen Aktivitäten explizit das Ökosystem offener Technologien zu fördern. Die Offenheit der Förderung selbst steckt im Moment noch in der Entwicklung, denn in der Pilotphase wurden Projekte aktiv angesprochen. Damit soll vermieden werden, dass nur diejenigen erreicht werden, die sich aktiv um Gelder bemühen. In der Hauptphase laufen Scouting und ein offener Bewerbungsprozess parallel. Es ist wünschenswert, dass der STF weiterhin im Blick behält, ob es mögliche blinde Flecken gibt, die mit anderen Methoden als Bewerbungen und Scouting erfasst werden könnten. Die geförderten Technologien selbst bleiben offen, weil die gewählten Lizenzen nicht im Nachhinein restriktiver gestaltet werden können.

Beim **MDS** besteht ein deutliches Spannungsfeld zwischen der gewünschten starken Datensouveränität auf der einen und Offenheit auf der anderen Seite. Denn Daten werden explizit nicht offen, sondern restriktiv geteilt. Auch der Datenkatalog ist nicht offen einsehbar, sondern setzt eine Registrierung von interessierten Personen voraus. Dafür ist der Kreis der Teilnehmenden nach Angaben des MDS offen: Bisher gab es keinen Fall von Ablehnung/Nicht-Akzeptanz, wobei nicht klar ist, welche Kriterien angelegt werden (können) und wer darüber entscheidet. In der Satzung ist zudem verankert, dass potenzielle Standardisierungsinitiativen „den Grundsätzen der Transparenz und Offenheit folgen sollen“. Es ist wünschenswert, dass die bisherigen Ergebnisse des MDS besser zugänglich werden, einschließlich des Datenkatalogs.

⁴⁴ Datensouveränität ist nach unserem Verständnis so zu verstehen, dass die Datenhaltenden die weitere Verwendung der Daten umfassend kontrollieren können.

⁴⁵ Das Konzeptpapier beinhaltet vier weitere Kriterien: mögliche Fertigstellung innerhalb eines Jahres, keine Verdrängung bestehender Initiativen, breite Interessenvertretenden-Basis, Lösungen im Sinne der Missionen des DI. Die Breite der Interessenvertretenden-Basis könnte den Blick auf Zugang als Kriterium richten, doch zurzeit ist das unklar.

Es ist bisher unklar, inwiefern das **DI** Zugang für verschiedene Gruppen sicherstellt oder die Offenheit seiner Ergebnisse anstrebt. Zurzeit ist von besonderem Interesse, inwiefern die Vergabe der zwei Anwendungsfälle und des Organisationsaufbaus transparent und für verschiedene Akteur*innen zugänglich ist. Eine Ausschüttung der Gelder in einem Rahmenvertrag wäre die einfachste Lösung, käme aber nur einem geschlossenen Kreis von etablierten gewinnorientierten Dienstleistungsanbietenden zugute. Eine Öffnung hin zu anderen Akteur*innen wie Organisationen und Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft wird laut den zuständigen Ministerien angestrebt. Dies wird als Herausforderung wahrgenommen, da solch andere Akteur*innen in einem Vergabeverfahren voraussichtlich in einem Wettbewerb mit gewinnorientierten Dienstleistenden stehen und etablierte Vergabekriterien kaum dafür geeignet sind, stärker gemeinwohlorientiert Akteur*innen zu berücksichtigen. Es ist wünschenswert, dass das Verfahren zur Auswahl von denjenigen, die das DI und seine Anwendungsfälle umsetzen sollen, Gemeinwohlintressen wesentlich berücksichtigt und Spannungsfelder mit Gewinnorientierung antizipiert. Bezüglich der Arbeitsergebnisse wie Daten, Dokumentation und Studien des DI ist es wünschenswert, dass diese möglichst offen zur Verfügung stehen.

Dynamisch: gemeinschaftliches Verwalten und Erneuern

Inwiefern ist eine Gemeinwohlorientierung der Vorhaben dauerhaft angelegt und wird fortlaufend überprüft?

Der **STF** betont ausdrücklich, dass der Erkenntnisgewinn in der aktuellen Phase zentral ist: Das Testen von Hypothesen steht im Mittelpunkt, um die Fördertätigkeit iterativ zu verbessern. Es gibt einen erkennbaren Willen, die bisher begonnenen Aktivitäten anzupassen und um neue zu erweitern, um die dynamische Entwicklung des Open-Source-Ökosystems angemessen zu begleiten. Neben Scouting und Bewerbungen sind Mechanismen

in Planung, um über formelle und informelle Formate weiterhin externe Expertise einzubeziehen. Offen ist, welche organisatorische Form der STF annehmen wird, wenn er von der SPRIND losgelöst wird, um weiterhin möglichst unabhängig zu bleiben und dabei eine längerfristige Rolle im Ökosystem einzunehmen. Es ist wünschenswert, dass der STF eine Organisationsform erhält, in der die bisherige Förderung möglichst dauerhaft angelegt ist, während sie an eine dynamische technische Entwicklung anpassungsfähig bleibt.

Der **MDS** ist bis Ende 2024 kostenfrei, wonach eine kostendeckende Entwicklung angestrebt wird. Dabei ist eine Gewinnorientierung des MDS langfristig über die (nicht-öffentliche) Satzung ausgeschlossen, obwohl der MDS in der Rechtsform einer GmbH besteht. Dies wurde nach Angabe des MDS gewählt, um eine schnelle Umsetzung mit hoher Flexibilität und Vertrautheit der Rechtsform zu ermöglichen. Allerdings ist offen, inwiefern es dem MDS gelingt, weitere Beteiligte erfolgreich einzubinden und damit eine höhere Akzeptanz zu erreichen; ein klarer Pfad ist dafür nicht erkennbar. Es ist wünschenswert, dass eine klare Positionierung erfolgt, inwiefern weitere Akteur*innen und Gemeinwohlintressen eine Rolle spielen sollen, damit definiert werden kann, wie eine solche Positionierung umgesetzt werden kann.

Das **DI** ist bisher zu wenig definiert, um abschätzen zu können, inwiefern eine dynamische Entwicklung unter Beteiligung verschiedener Perspektiven erfolgen kann. Mit den nächsten Schritten wird festgelegt, wie und von wem zukünftig Umsetzungsprojekte ausgewählt werden und das DI als Organisation aufgebaut wird. Diese Schritte sind kritisch, um sowohl eine zentrale Mission als auch Möglichkeiten, diese anzupassen und zu erweitern, festzulegen. Es ist wünschenswert, dass die hier ausgeführten Anforderungen an Gemeinwohlorientierung dabei möglichst langfristig verankert werden.

8 Gemeinwohl-Faktoren in der Praxis: So setzt Wikimedia die Anforderungen um

Um zu zeigen, wie die Anforderungen für Gemeinwohl in der Digitalpolitik in der Praxis umgesetzt werden können und um Anregungen zu geben, haben wir auch die Projekte von Wikimedia Deutschland und der globalen Freiwilligen-Community gemessen. Wir haben nachgefragt: Wie realisieren sie die acht Anforderungen an Gemeinwohl im Digitalen? Wo gibt es Herausforderungen?

Im Rahmen von internen Workshops haben wir mit Mitarbeitenden über diese Frage gesprochen. Die Beispiele stammen aus

- dem Team Softwareentwicklung, das unter anderem die Software für die Wikipedia, für Wikidata und Wikibase weiterentwickelt;
- dem Team Communitys und Engagement, das die Community der über 7.000 aktiven deutschsprachigen Freiwilligen fördert;
- dem Team Movement Strategy & Global Relations, das die strategische Weiterentwicklung der Wikimedia-Bewegung und Vernetzung mit der weltweiten Community betreut;
- dem Team Politik und öffentlicher Sektor, das sich für bessere Rahmenbedingungen für Freies Wissen und digitales Ehrenamt einsetzt;
- dem Team Bildung, Wissenschaft und Kultur, das Kultur-, Gedächtnis- und Bildungsinstitutionen für die Öffnung ihrer Inhalte sensibilisiert und begeistert.

Die Beispielsammlung soll als Anregung dafür dienen, wie Gemeinwohl im Digitalen realisiert werden kann. Sie soll aber auch Herausforderungen skizzieren. Es handelt sich keineswegs um eine erschöpfende Auswahl. Das [Meta-Wiki](#),

in dem die globale Wikimedia Community und Wikimedia Deutschland seine Projekte offen plant, koordiniert, dokumentiert und analysiert, ist eine nahezu unerschöpfliche Quelle mit Beispielen für eine gemeinwohlorientierte Gestaltung des digitalen Raums.

Transparenz bei Wikimedia

Softwareentwicklung für Wikidata

Damit die Produkte des Teams Softwareentwicklung den Bedürfnissen der Community gerecht werden, stellt das Team über verschiedene Wege Transparenz her: Mit der öffentlichen Wikidata Development Roadmap kommunizieren die Entwickelnden von Wikidata jährlich die geplanten Softwareprojekte. Über die Diskussionen-Seite können Freiwillige Feedback äußern. Regelmäßige Updates zu Wikidata erhalten Interessierte über die [Office Hour](#) oder in der [Wikidata Telegram Group](#). Andere Informationsbedürfnisse deckt etwa der Newsletter zum Stand der Dinge ab. Über die Plattform [Phabricator](#) können Freiwillige Wünsche oder Fehler an die Softwareentwicklung melden und den Fortschritt der verschiedenen Fehlermeldungen offen einsehen.

Die freie Enzyklopädie Wikipedia

Die Wikipedia zeigt, wie radikale Transparenz funktioniert: Jede Änderung in einem Artikel ist über die [Versionsgeschichte](#) nachvollziehbar. Das gleiche gilt für die [Diskussion](#) über

strittige Inhalte eines Artikels, die Relevanzkriterien und die Kriterien für [enzyklopädisches Schreiben](#) oder [Literatur- und Quellenverwendung](#). Das hohe Ausmaß an Transparenz in der Wikipedia fördert Vertrauen in die Inhalte. Es zeigt aber auch zwei Herausforderungen: Erstens, wer sich einbringen möchte, muss Zeit mitbringen, um sich mit Regeln zu befassen. Zweitens, der umfangreiche Katalog von Konventionen kann abschrecken und bedarf daher der Erklärung. Diese bietet die Community über verschiedene Maßnahmen wie [Mentor](#) und [Mentorinnen](#) oder [telefonische Beratung](#).

Team Politik und öffentlicher Sektor

Wikimedia Deutschland fördert eine Community, die für offenen Zugang zu freiem Wissen steht. Und das überwiegend finanziert mit Beiträgen der über 100.000 Mitglieder und über Spendengelder. Dass auch das Team Politik und öffentlicher Sektor, das sich für bessere Rahmenbedingungen für Freies Wissen, digitales Ehrenamt und offene Daten engagiert, dies offen tut, ist daher klar. Alle drei Monate veröffentlicht das Team einen [Transparenzbericht](#), in dem die politische Arbeit dokumentiert wird. Auch die Veränderungen, auf die das Team jedes Jahr hinarbeitet, und die einzelnen Mitarbeitenden sind für alle einsehbar. Dadurch entsteht natürlich auch die Möglichkeit für Mitglieder, Fragen oder Kritik zu äußern. Auf diese zu reagieren, erfordert personelle Ressourcen. Es bietet aber auch die Möglichkeit, die Arbeit des Teams zu erklären, nachvollziehbar zu machen oder Hinweise und Ideen von Mitgliedern zu erhalten.

Die Wikimedia Movement Strategy 2030

Der globale Strategieprozess, den die Wikimedia Bewegung im Jahr 2017 begonnen hat, zeichnet sich durch radikale Transparenz aus. Für einen komplexen Prozess, der divergierende Interessen von Gruppen aus fünf Kontinenten einbinden und abbilden will, ist Offenheit unabdingbar. Was heißt das konkret? Nicht nur die Strategie selbst, sondern auch Zwischenergebnisse aus [4 Zyklen](#) sind

offen zugänglich. Ebenso alle inhaltlichen Einflüsse. Das sind unter anderem die [Synthesen](#) der über 100 [Community Diskussionen](#), [Forschungsberichte](#) der Wikimedia Foundation zu technologischen und gesellschaftlichen Trends oder über [Wikimedia Communitys](#), [Gespräche mit Sachverständigen](#) aus Wissenschaft, Medien, Politik und Technologie auf allen fünf Kontinenten. Der [Movement Strategy Weekly](#) oder [Movement Strategy and Governance Newsletter](#), der quartalsweise erscheint, informiert und informiert die Beteiligten kontinuierlich. Das Ergebnis sind zehn Empfehlungen, mit denen Wikimedia bis 2030 zum Fundament im Ökosystem des Freien Wissens werden soll.

Das Movement Charta Drafting Committee (MCDC)

Offenheit ist das zentrale Merkmale der Wikimedia Bewegung. Das zeigt auch das hohe Maß an Transparenz bei der Erarbeitung der [Movement Charta](#). Seit 2021 erarbeitet das [Entwurfskomitee](#) für die [Movement Charta](#) (MCDC) mit Freiwilligen und Angestellten aus aller Welt dieses [Governance-Dokument](#). Im öffentlichen [Meta-Wiki](#) können Interessierte den gesamten Prozess verfolgen und sich einbringen. Dort kommuniziert das MCDC die [Zeitplanung](#) für den Strategieprozess sowie [Regeln und Prozesse](#) interner Entscheidungsfindung. Monatlich werden aktuelle Themen dokumentiert – aber auch offene Fragen und Probleme. Das MCDC veröffentlicht nicht nur Ergebnisse. Entwürfe einzelner [Abschnitte der Charta](#) sind ebenso einsehbar wie [Feedback aus der Community](#), mit dem nachjustiert wird. Das Komitee informiert auf verschiedenen Wegen über seine Aktivitäten, dazu gehören monatliche [Protokolle](#) und ein monatlicher [Newsletter](#) oder [Sprechstunden](#) ([office hours](#)).

Community-Portal

Das Team Community und Engagement, das die über 7.000 regelmäßig aktiven Freiwilligen in den Wiki-Projekten fördert, begreift Transparenz als ein Mittel, um die eigene Arbeit nachvollziehbar und effektiver zu machen. Das erfordert mehr als ein Organigramm. Im Community-Portal sind konkrete Ansprechpersonen und deren individuelle Zuständigkeiten und Erreichbarkeiten genannt. Dazu kommt eine klare Darstellung des Selbstverständnisses in der Community-Zusammenarbeit und der verschiedenen Rollen der WMDE-Mitarbeitenden. Sie sind: Geldgebende, Moderierende, Beratende, Prozessbegleiter*innde, Veranstaltende und vieles mehr. Das kann Missverständnisse oder Konflikte nicht verhindern. Aber es führt dazu, dass Freiwillige wissen, mit welchen Erwartungen sie auf das Team zugehen können. Und klare Zuständigkeiten erleichtern Mitarbeitenden des Teams Community das Verständnis der eigenen Arbeit, sie wissen, welche Erwartungen sie realistisch erfüllen sollen. Diese Transparenz ermöglicht auch Abgrenzungen gegenüber unrealistischen Erwartungen.

Wirksame Beteiligung

Technische Wünsche

Das Projekt verbindet die Softwareentwicklung mit der Community, um bessere technische Funktionen zu schaffen. Die Beteiligung beginnt mit einer Umfrage, über die ein Themenschwerpunkt für zwei Jahre ermittelt wird. Konkrete Probleme, an denen die Softwareentwicklung arbeiten wird, werden anschließend durch Interviews oder Workshops mit den Freiwilligen identifiziert. Die Mitarbeitenden der Softwareentwicklung erklären auch, wie technische Wünsche ausgewählt werden, nämlich nach Nutzen, Aufwand und Erfolgswahrscheinlichkeit eines Projekts.

Die Wikimedia Movement Strategy 2030

Mit der Movement Strategy hat sich die globale Wikimedia-Bewegung zehn Ziele für ihre Entwicklung bis 2030 gegeben. Um die verschiedenen Communitys adäquat einzubinden, sollten die Beteiligungsmöglichkeiten den unterschiedlichen Kommunikationsgewohnheiten, zeitlichen Ressourcen und Interessen gerecht werden. Die Freiwilligen haben sich in globalen Konversationen oder über thematische Cluster eingebracht. Das Movement Strategy Forum bietet eine digitale Plattform für ständigen Austausch. Hybrid, online oder analog, mit zwei oder 200 Teilnehmenden – es gab fast kein Format, das es nicht gab. Im Playbook haben Freiwillige und Hauptamtliche dokumentiert, welche Lehren für Beteiligung sie gezogen haben.

Das Team Communitys & Engagement

Um die Förderung der vielen Freiwilligen in den Wikimedia Projekten wirksam zu gestalten, muss sie an den Bedarfen der Freiwilligen-Community orientiert sein. Daher wird die Community auch beteiligt, wenn es um die Frage geht: Wie fördern wir? Was funktioniert gut und was nicht? Ein Werkzeug dafür ist das Förderbarometer. Dafür nutzt Wikimedia LamaPoll, eine in Deutschland gehostete Plattform, mit der WMDE eine DSGVO-Vereinbarung hat. Mit der Umfrage will das Team herausfinden, welche Förderung für die Community funktioniert und was anders werden sollte. Es werden auch Informationen dazu erhoben, welche Gruppen besonders gut und welche nicht von der Förderung erreicht werden. Ein weiteres Werkzeug ist das Community-Forum, ein Austauschformat für die gemeinsame Arbeit von Ehren- und Hauptamtlichen. Im Blick der Online-Workshopreihe stehen der Austausch und die gemeinsame thematische Arbeit von Ehren- und Hauptamtlichen.

Movement Charta Drafting Committee (MCDC)

Eine wichtige Voraussetzung für wirksame Beteiligung besteht darin, Menschen mit verschiedenen Kommunikationsgewohnheiten einzubinden. Die Schnellsten oder Lautesten sind nicht die einzigen Interessenvertretenden mit wertvoller Expertise oder legitimer Perspektive. Das MCDC, das den globalen Prozess für die Wikimedia-Charta leitet, realisiert breite Beteiligung über größere Frage- oder Gesprächsrunden (digital, analog und hybrid). Wikimedianer*innen haben aber auch die Möglichkeit, sich anonym und schriftlich einzubringen. Sie können Input via E-Mails, über einen Telegram-Kanal oder im Rahmen der Sprechstunden (office hours) beisteuern.

Grundrechte schützen und Gemeinschaften vermeiden

Team Politik und das Bündnis F5

Grundrechte sind im digitalen Raum durch die Funktionsweisen von digitalen Diensten und Produkten immer wieder bedroht. Wir erleben Plattformen und Netzwerke, die nicht ausreichend und nicht transparent gegen Drohungen, Beleidigungen oder Rassismus vorgehen. Aber auch digitalpolitische Projekte wie die aktuellen Pläne zur sogenannten Chatkontrolle verletzen nach Ansicht vieler Sachverständiger Grundrechte. Das Team Politik und öffentlicher Sektor setzt sich – auch im Bündnis F5 – für eine Stärkung der Grundrechtsperspektive im digitalen Diskurs ein. Zu den Formaten gehören Parlamentarische Frühstücke, bei denen wir Abgeordnete für die Konsequenzen digitalpolitischer Projekte sensibilisieren. In der Gesprächsreihe Monsters of Law diskutieren Sachverständige juristische Fragen allgemein verständlich. Und über Politikbriefe transportieren wir Perspektiven aus der Zivilgesellschaft in den politischen Prozess.

Die Movement Strategy 2030

Um dazu beizutragen, dass strukturelle, soziale und ökonomische Ungleichheiten aus dem analogen Raum nicht im Digitalen reproduziert werden, lautet ein Ziel aus der Strategie Wikimedia 2030: Sicherstellung der Gerechtigkeit bei der Entscheidungsfindung. Was heißt das konkret?

- Die Bewegung definiert gemeinsam Regeln, Strukturen, Rollen und Verantwortlichkeiten.
- Entscheidungen, die die Bewegung betreffen, müssen auf Zusammenarbeit und breiter Einbindung basieren.
- Die Bewegung muss Regeln zur Mittelverteilung definieren, Rechenschaftspflichten festlegen und die Rechte und Rollen der Teilnehmenden definieren.

Zukünftig wird ein globaler Rat eingerichtet, der repräsentativ mit Mitgliedern der Bewegung besetzt ist und offen und im Austausch mit der Bewegung arbeitet, um die Strategie zu realisieren.

Linked-Open-Data-Strategie

Weil die Datenobjekte in Wikidata strukturiert und maschinenlesbar sind und zudem unter CC-0 Lizenz stehen, können sie weltweit genutzt und immer wieder neu verknüpft werden. Wir sprechen daher von [Linked Open Data](#). Eine große Community von Freiwilligen und Wikimedia-Mitarbeitenden trägt dazu bei, die Datenqualität zu verbessern und die Anzahl der Datenobjekte auszubauen. Die Wikidata Community arbeitet außerdem auf mehr Diversität und damit repräsentativere und vielfältigere Datensätze hin. Sprachassistenten werden mit Wikidata ebenso trainiert wie Künstliche Intelligenz. Die Deutsche Nationalbibliothek nutzt Wikidata, um ihre Informationen zu deutschsprachigen Werken zugänglich zu machen. Die [Linked Open Data Strategie](#) zielt darauf ab, dieses offene und freie System zu bewahren und damit eine nachhaltige, nützliche und offene Datennutzung zu fördern.

Ungleichheit verringern

Das Team Community & Engagement

Offene Räume im Netz wie die Wikipedia ermöglichen es allen gesellschaftlichen Gruppen, Wissen zu teilen. So weit die Theorie. In der Realität können partizipative digitale Prozesse allein soziale oder ökonomische Ungleichheiten nicht aushebeln. Wikimedia Deutschland kann diese Ungleichheiten nicht beseitigen. Aber wir können versuchen, deren negative Effekte auf das digitale Ehrenamt zu mildern. Daher bietet WMDE diverse Fördermöglichkeiten. Dazu gehört die [Kostenübernahme für Care-Arbeit für Wikipedianer*innen](#). Mit dem Projekt „[Förderung bewerben](#)“

geht das Team Community und Engagement aktiv auf Freiwillige zu und informiert über Fördermöglichkeiten. Und Wikipedianer*innen, die zu einem Artikelbearbeitungstreffen (Edit-a-thons) reisen, eine Fototour machen oder sich weiterbilden wollen, finanziert WMDE [Reisekosten](#).

Diversität in Wikimedia-Projekten stärken

Wikipedia gibt es in 315 aktiven Sprachversionen. Auch Menschen, die Tagalog oder Hakka sprechen, können auf Freies Wissen zugreifen oder es vermehren. Denn Artikel in der Wikipedia kann jede Person bearbeiten. Tatsächlich sind aber nicht alle gesellschaftlichen Gruppen in repräsentativem Maße Teil der Freiwilligen-Community. Das zeigt etwa das Engagement der Gruppe FemNetz. Sie setzt sich für mehr Sichtbarkeit von Frauen-Biografien in der Wikipedia ein und versucht, mehr Frauen zur Mitarbeit in der freien Enzyklopädie zu bewegen. Mit dem Programm [re*shape](#) will WMDE dazu beitragen, dass mehr Menschen aus unterrepräsentierten Gruppen zum Freien Wissen beitragen. „Menschen und Communities, die von Rassismus negativ betroffen sind“ können finanzielle, ideelle und organisatorische Förderung erhalten. Einzige Voraussetzung ist, dass die Projekte darauf zielen sollen, freie Lizenzen und Plattformen des Freien Wissens – wie Wikipedia, Wikimedia Commons oder Wikidata – für die Verbreitung von marginalisiertem Wissen zu nutzen.

Die Movement Charter Ambassadors

Mit der Movement-Charter wird sich die globale Wikimedia Bewegung ihr zentrales Governance-Dokument geben. Nicht alle Mitglieder in lokalen Communitys und Projekten haben die gleichen personellen, organisatorischen und zeitlichen Ressourcen, um sich an diesem Prozess zu beteiligen. Um dem entgegenzuwirken, wurde die Schnittstellenfunktion der [Movement Charter Ambassadorship](#) geschaffen. Das sind Freiwillige und Angestellte, die in Community Conversations

Input für ihre Region, Stadt oder ein spezifisches Projekt sammeln und in den Prozess der Charta-Entwicklung einbringen.

Offenheit

MediaWiki

MediaWiki ist das Wissensmanagement-System hinter der Wikipedia, das als Software frei zur Verfügung steht. Alle können Media-Wiki herunterladen und damit Wissen organisieren und zugänglich machen. Unternehmen und Behörden wie NASA, Intel oder das Landesamt für Umwelt Mecklenburg-Vorpommern nutzen MediaWiki. Die Software ist die Grundlage für diverse Stadtinformationsportale, wie das [FürthWiki](#). Die Zentrale für Unterrichtsmedien im Internet nutzt MediaWiki, um freie Bildungsmaterialien zur Verfügung zu stellen. Das eigene Wiki kann offen oder nur für registrierte Nutzer*innen zugänglich sein.

Wikipedia & Co

Die weltweite Community, die zu Wikipedia, Wikidata, Wikimedia Commons und anderen Wissensprojekten beiträgt, ist sehr divers. Aber sie verbindet ein Ziel: mehr Wissen, Daten oder Medien digital und frei zugänglich zu machen. Daher hat man sich darauf verständigt, dass nur solche Inhalte in die Projekte einfließen können, die unter CC-0, CC-BY oder CC-BY SA Lizenz stehen. Das Wissen und die Datenbank Wikidata sind dadurch wiederverwendbar – für private oder staatliche ebenso wie für kommerzielle oder wissenschaftliche Zwecke und in Bildungseinrichtungen. Das heißt nicht, dass Inhalte unter CC oder CC-BY Lizenz völlig beliebig umgenutzt oder sogar verunstaltet werden können. Was genau die Lizenzen erlauben und was nicht, erläutert diese [Broschüre](#).

Das Fellow-Programm Freies Wissen

Fünf Jahre hat Wikimedia Deutschland jungen Forschenden mit Stipendien, Workshops und Mentor*innen darin unterstützt, ihre Forschung und Lehre auch über den universi-

tären Bereich hinweg zugänglich zu machen. Gemeinsam mit dem Stifterverband und der VolkswagenStiftung wurden insgesamt 90 Forschende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz gefördert, um das Prinzip der Open Science umzusetzen. Der abschließende Report zeigt, was mit dem Programm erreicht wurde: Die Forschenden konnten individuelle Kompetenzen im Bereich Open Science aufbauen. Die Netzwerkformate des Programms tragen dazu bei, dass die Open-Science-Community wächst. Die geförderten Fellows tragen die Prinzipien und ihre gewonnenen Kompetenzen in Forschungseinrichtungen und befördern so die Öffnung der institutionellen Praxis.

Zugang zu digitaler Infrastruktur und Diensten

Community Förderung & Mentor*innenprogramm

Eine Hürde für eine aktive Mitarbeit in der Wikipedia kann im fehlenden Zugang zu Soft-, Hardware oder zu digitalen Diensten liegen. Die Förderangebote des Teams Communitys und Engagement umfassen daher auch [Software-Stipendien](#), die [Technik-Leihe](#) oder die [Wikipedia-Library](#), über die Freiwillige Zugang zu digitalen Datenbanken und Literatur erhalten. Um die Community der Freiwilligen diverser zu machen, gibt es das FemNetz, eine Freiwilligengruppe. Mit verschiedenen Maßnahmen möchte sie „dazu beitragen, eine Willkommenskultur in der Wikipedia zu fördern, um die Wikipedia auch künftig für unterschiedlichste Menschen lesenswert und zugänglich zu machen.“ Der [FemSupport](#) unterstützt Neulinge beim Editieren, beim [WomenEdit](#) werden Leerstellen in der Wikipedia gefüllt.

Wikibase Cloud

Wikibase ist die Software, auf der eine der größten freien und offenen Datenbanken basiert: Wikidata. Damit auch Nutzende mit weniger finanziellen Mitteln oder technischem

Know-how eigene Datenbanken aufbauen können, hat Wikimedia die Plattform Wikibase Cloud entwickelt. Das Hosting übernimmt Wikimedia, die Installation ist auch für Datenhaltende möglich, die keine Profis sind. Um die Nutzung möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, gibt es zudem Tutorials, etwa zum Thema Datenmodellierung. Zurzeit handelt es sich um einen Betadienst. Für einen vorzeitigen Zugang können sich Interessierte [hier anmelden](#).

Dynamische Erwägungen umsetzen

Softwareentwicklung – Wikidata

Die Softwareentwicklung versucht, über unterschiedliche Mechanismen sicherzustellen, dass etwa das Projekt Wikidata langfristig gemeinwohlorientiert bleibt. „Wünsch dir etwas, egal was. Auch wenn es unrealistisch ist wie 'Ich will ein pinkes Pony'.“ Unter diesem Motto findet bei der WikidataCon die [Pink Pony Session](#) statt. Die Annahme, die dahinter steckt: Beteiligung soll inspirieren können und ohne Utopie gibt es keine Veränderung. Die Ideen aus den Sessions sind [öffentlich einsehbar](#). Alle zwei bis drei Monate findet seit 2021 die [Bug Triage Hour](#) statt, bei der Mitarbeitende des Produktmanagement von Wikidata öffentlich an einer Problemmeldung oder einer Anfrage arbeiten. Ehrenamtliche können live Input und Wünsche äußern. Jede Bug Triage Hour wird in einem [laufenden Etherpad](#) dokumentiert.

Das Förderbarometer

Wikimedia Deutschland fördert finanziell, ideell oder organisatorisch mit verschiedenen Maßnahmen die Community der Freiwilligen. Um regelmäßig zu überprüfen, ob die Förderinstrumente zu den Bedürfnissen passen, gibt es das [Förderbarometer](#). Seit 2017 erhebt das Team Communitys und Engagements quartalsweise, wer welche Förderangebote nutzt,

was funktioniert und was nicht und welche zusätzlichen Angebote sich die Freiwilligen wünschen. Die Berichte sind [öffentlich einsehbar](#).

Danksagung

Bedanken möchten wir uns bei den zahlreichen Menschen, die mit uns über das Thema Gemeinwohl und Digitalisierung/Digitalpolitik gesprochen haben. Dieses Dokument spiegelt nicht notwendigerweise deren Auffassung wider. Dazu gehören:

- Nikolas Becker
- Maïke Bierwirth
- Ingo Dachwitz
- Wiebke Dorfs
- Alexandra Dukatz
- Lina Ehrig
- Eileen Fuchs
- Florian Glatzner
- Adriana Groh
- Stefan Heumann
- Dirk Jacke
- Julian Jaurisch
- Gesche Joost
- Michael Kolain
- Tobias Kutschka
- Pencho Kuzev
- Johannes Landstorfer
- Julia Meisner
- Eric Mischke
- Chris Piallat
- Dominik Piétron
- Judith Puttkammer
- Alexander Rabe
- David Schönwerth
- Linda Schwarz
- Felix Sieker
- Felix Styma
- Thorsten Thiel
- Sophie Vogt-Hohenlinde
- Teresa Widlok
- Theresa Züger

Mit unterschiedlichen Bundesministerien fand ein Dialog statt, unter anderem mit dem Referat DG1 im Bundesfamilienministerium (Lilian Edmonds und weitere).

Wir haben uns bemüht, möglichst vielfältige Perspektiven rund um Gemeinwohl und Digitalisierung einzubinden und zu berücksichtigen. Dazu gehört ein breites Spektrum an Parteien und Ministerien, Verbänden und wissenschaftlichen Disziplinen. Zu den untersuchten digitalpolitischen Vorhaben haben wir mindestens mit je einer Person auf Seite der Verwaltung und auf Seite der Durchführung gesprochen und die Möglichkeit der Kommentierung gegeben.

Über Wikimedia Deutschland

Wikimedia Deutschland ist ein gemeinnütziger Verein mit über 100 000 Mitgliedern, der sich für die Förderung Freien Wissens einsetzt. Seit der Gründung im Jahr 2004 unterstützt der Verein verschiedene Wikimedia-Projekte – allen voran Wikipedia.

Der Verein setzt sich für den freien Zugang zu Freiem Wissen ein und engagiert sich damit für ein grundlegendes Recht des Menschen auf Bildung. Wikipedia ist, wie auch andere Schwesterprojekte, unabhängig und werbefrei und nur durch ehrenamtliche Mitarbeit sowie Spenden möglich.

Bei Fragen oder Gesprächsbedarf zu den Inhalten dieses Politikpapiers kontaktieren Sie gerne Aline Blankertz, Referentin Politik & öffentlicher Sektor, aline.blankertz@wikimedia.de.

Impressum

Wikimedia Deutschland e. V.

Tempelhofer Ufer 23/24
10963 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 577 11 620

Geschäftsführender Vorstand

Dr. Christian Humborg,
Franziska Heine
Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts
Charlottenburg,
VR 23855

Redaktion

Aline Blankertz, Franziska Kelch

Inhaltlich verantwortlich

Lilli Iliev

Gestaltung

Matthias Wörle, MOR Design,
www.mor-design.de

Die Texte und das Layout dieser Broschüre werden unter den Bedingungen der »Creative Commons Attribution«-Lizenz CC BY-SA in der Version 4.0 veröffentlicht.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>